

Ulrike Richter (Hg.)

**Datengrundlagen als Ausgangspunkt für eine verbesserte
schulische Vorbereitung auf den Übergang Schule – Beruf**

Erfahrungen und Handlungshinweise aus der Förderinitiative
Regionales Übergangsmanagement

Der Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“ steht in einer Forschungstradition des DJI, die, ausgehend von der Analyse der Übergangsbiosgraphien von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, auch die Strukturen und Institutionen, Politiken und sozialen Folgen der Veränderungen des Übergangssystems zum Gegenstand gemacht hat. Dieses Forschungsengagement am DJI legitimiert sich nicht zuletzt aus dem im KJHG formulierten Auftrag an die Jugendhilfe, die berufliche und soziale Integration von Jugendlichen zu fördern und dabei eine Mittlerfunktion im Verhältnis zu anderen, vorrangig zuständigen und in ihren Ressourcen leistungsfähigen Akteuren wahrzunehmen.

Regionales Übergangsmanagement heißt eine Förderinitiative des Bundesprogramms Perspektive Berufsabschluss. Im Programm Perspektive Berufsabschluss des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) haben 27 Vorhaben der ersten Förderrunde regionales Übergangsmanagement in Städten und Landkreisen erprobt und ausgebaut. Bei dieser Förderinitiative handelt es sich um ein Strukturförderprogramm, mit dessen Hilfe dauerhaft Strukturen für die passgenaue Beratung und Vermittlung von Jugendlichen in den Kommunen und Landkreisen etabliert werden sollen. Sie hat zum Ziel, über Kooperationen und durch die Bündelung der Potenziale lokaler bzw. regionaler Akteure eine bestmögliche Qualifizierung von Jugendlichen mit Förderbedarf im Übergang von der Schule in Ausbildung zu erreichen und so langfristig die Zahl Jugendlicher ohne Berufsabschluss deutlich zu senken.

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) hat die 27 Vorhaben der ersten Förderperiode von 2008 bis 2012 wissenschaftlich begleitet. Das DJI organisierte zum Austausch der Erfahrungen themenspezifische Workshops und Netzwerktagungen. Im Rahmen dieser Entwicklungsarbeit sind die Beiträge dieser Broschüre entstanden.

© 2012 Deutsches Jugendinstitut e. V.
Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“
Nockherstraße 2, 81541 München
Tel.: +49 (0) 89 62306-0
Fax: +49 (0) 89 62306-162
E-Mail: info@dji.de

Außenstelle Halle
Franckeplatz 1, Haus 12-13, 06110 Halle a. S.
Tel.: +49 (0) 345 68178-0
Fax: +49 (0) 345 68178-47
E-Mail: info@dji.de

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
1.1	Daten bilden die Grundlage für Veränderungen	3
1.2	Zu den Beiträgen in diesem Band	6
2	Förderangebote im letzten Pflichtschuljahr und ihr Beitrag zum Gelingen von Übergängen. Eine Untersuchung in Stuttgarter Hauptschulen	9
2.1	Ergebnisse der Schulabsolventenstudie	10
2.2	Ergebnisse der Schulleiterbefragung	11
2.3	Typologie der Förderprofile an Hauptschulen in Stuttgart	16
2.4	Zusammenhänge zwischen schulischen Strategien und Bildungs- und Ausbildungsverläufen von Jugendlichen	17
3	Mit Panel-Daten arbeiten. Das Phasenmodell zur Berufsorientierung in der Anwendung im Kreis Gütersloh	18
3.1	Die Ausgangslage des Übergangsmangements im Kreis Gütersloh: Herausforderungen und Ziele	18
3.2	Die Schüler/innen-Befragung an den Berufskollegs des Kreises Gütersloh: Aufgaben und Konzept	19
3.3	Das Phasenmodell zur Berufsorientierung	21
3.4	Die Arbeit mit dem Phasenmodell. Erste Schritte und weitere Aufgaben	26
4	Die Berufswahlkompetenz als Indikator für gelingende Berufsorientierungskonzepte. Schulformen im Vergleich	29
4.1	Der Heidekreis	29
4.2	Die Befragung	29
4.3	Die Methodik	30
4.4	Die Skalen	30
4.5	Die Basiserhebung	31
4.6	Fragestellung	32
4.7	Schlussfolgerungen	38
4.8	Weiterarbeit mit den Ergebnissen	38
5	Was erwarten Eltern von Informations- und Beratungsangeboten zur Berufsorientierung? Ergebnisse einer Elternbefragung in der Stadt Leipzig	41
5.1	Intentionen der Befragung	41
5.2	Zielgruppe und Anlage der Befragung	42
5.3	Befragungsergebnisse	42
5.4	Umsetzung der Befragungsergebnisse	46
5.5	Schlussfolgerungen aus den Befragungsergebnissen und aus der Projektarbeit	46

Abbildungsverzeichnis	50
Tabellenverzeichnis	50
Autorinnen- und Autorenverzeichnis	51

1 Einleitung

Ulrike Richter, DJI

1.1 Daten bilden die Grundlage für Veränderungen

Regionales Übergangsmanagement ist auf empirische Daten zum Übergangsgeschehen angewiesen. Ohne auf die Region oder Kommune bezogene Daten ist es kaum möglich, die Übergangssituation objektiv einzuschätzen, Handlungsbedarfe zu erkennen und Verbesserungen einzuleiten.

Empirische Daten bilden die Grundlage, um Angebotslücken im Übergang Schule – Beruf zu schließen, um ein Überangebot zu reduzieren, um Wirkungen der Angebote zu überprüfen, um die Wege der Schulabsolventen in die Ausbildung nachzuvollziehen, und um letztlich die schulische Vorbereitung auf den Übergang zu verbessern.

In dieser Veröffentlichung sind Beiträge von Vorhaben und ihrer Kooperationspartner versammelt, die in der *Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement* im Programm Perspektive Berufsabschluss des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wurden.

Die Vorhaben suchten sich Forschungseinrichtungen als erfahrene Partner, die die Aufgaben der Datenerhebung und der Auswertung übernahmen. Das aus den Ergebnissen resultierende Vorgehen wurde anschließend gemeinsam diskutiert und zur Entscheidung in die entsprechenden kommunalen Gremien getragen.

Bei den in dieser Broschüre versammelten Beiträgen handelt es sich um ausgewählte Ergebnisse über Datenerhebungen aus insgesamt 27 Vorhaben, die bundesweit während der ersten Förderrunde von 2008-2012 vom Deutschen Jugendinstitut e.V. wissenschaftlich begleitet wurden.¹

Die *Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement* ist ein bundesweit angelegtes Strukturförderprogramm, mit dessen Hilfe dauerhafte Verfahren für die passgenaue Beratung und Vermittlung von Jugendlichen in den Kommunen und Landkreisen etabliert werden. Sie hat zum Ziel, durch Kooperationen zwischen lokalen bzw. regionalen Akteuren eine bestmögliche Förderung und Vorbereitung der Jugendlichen auf den Übergang von der Schule in Ausbildung zu erreichen und so langfristig die Zahl Jugendlicher ohne Berufsabschluss deutlich zu senken.

- 1 Die wissenschaftliche Begleitung veröffentlichte die Ergebnisse der Förderinitiative in der Reihe Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung. www.dji.de/uebergangsmanagement, zuletzt überprüft: 03.05.2012
Band 1 Schaffung einer Datenbasis zum Übergangsgeschehen. 2010
Band 2 Hauptschüler/innen an der Schwelle zur Berufsausbildung: Schulische Situation und schulische Förderung. 2010
Band 3 Handlungsfelder und Erfolgsfaktoren. 2011
Band 4 Jugendliche mit Migrationshintergrund im Übergang Schule – Berufsausbildung: Arbeitshilfen für das Regionale Übergangsmanagement. 2011
Band 5 Handlungsempfehlungen der wissenschaftlichen Begleitung. 2011

Koordinationssteam regionales Übergangsmanagement

Die Koordinationssteams regionales Übergangsmanagement sind an die Verwaltung der Landkreise und Kommunen, z. B. an das Jugendamt oder Dezernat für Wirtschaftsförderung oder auch an einem Bildungsbüro angesiedelt.

Meist besteht das Team aus mehreren Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern unterschiedlicher Professionen aus der Pädagogik, Soziologie, Psychologie sowie aus der Verwaltung.

Ein multiprofessionelles Team ist daher gut aufgestellt, die recht verschiedenen Aufgaben zu koordinieren.

Zu den Aufgaben gehören: Daten zum Übergangsgeschehen zu erheben und auszuwerten, Anbieter und Angebote zu erheben, Kooperationen mit den Akteuren im Übergang aufbauen, in Netzwerken agieren, Arbeitsgruppen zu leiten, Beschlussvorlagen zu erarbeiten, Modellprojekte zu initiieren, Tagungen und Fortbildungen für Fachkräfte zu organisieren, die Ergebnisse in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Den „Dschungel“ der Angebote zur Berufsorientierung lichten

Allgemeinbildende Schulen haben den Auftrag, ihre Schüler/innen auf das Arbeitsleben vorzubereiten. Das bedeutet, die Schüler/innen dazu zu befähigen, eine ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechende Berufswahl zu treffen. Die Berufsorientierung ist fest in den Curricula der Sekundarstufe I verankert. Die Schulen beginnen damit frühzeitig – meist in der 7. Klassenstufe. Sie gestalten die Berufsorientierung auf vielfältige Art und Weise und kooperieren dabei mit externen Trägern der Jugendarbeit und Jugendhilfe, mit den Eltern, mit der Arbeitsagentur, mit Betrieben, mit Kammern und Unternehmerverbänden.

Jedoch sind die Lehrer/innen an den Schulen mit einer unüberschaubaren Vielfalt an externen Angeboten zur Berufsorientierung konfrontiert; angefangen von Angeboten zur Potenzialfeststellung, über Betriebspraktika bis hin zu Ausbildungsmessen. Diese Angebote sind hinsichtlich ihrer Ziele, ihrer Inhalte und auch hinsichtlich ihrer pädagogischen Konzepte häufig nicht transparent und oft nicht vergleichbar.

Einige Kommunen und Landkreise haben sich deshalb auf den Weg begeben, den „Dschungel“ der Angebote zu lichten. Die damit betrauten Stellen, z. B. Koordinationssteams regionales Übergangsmanagement oder kommunale Bildungsbüros, haben in ihrer Stadt bzw. in ihrer Region die Angebote außerschulischer Träger, sortiert nach Zielgruppen, Inhalten und Laufzeit, dokumentiert, in Übersichten gebracht, Kontaktdaten erhoben und den Schulen zur Verfügung gestellt. Mehrheitlich wurde entschieden, einmalige Angebote in den Katalog nicht aufzunehmen.

Zusätzlich befragten einige dieser Koordinationssteams auch die Schulen, welche Angebote zur Berufsorientierung sie für die jeweiligen Klassenstufen vorhalten. Diese Abfrage diente dazu, die Nachfrage der Schulen mit den angebotenen Projekten externer Anbieter abzugleichen.

Neben der Untersuchung der Angebotsseite braucht es ebenso die Sicht der Nachfrageseite auf das Angebot zur Berufsorientierung. Auf der Seite der Nachfrage stehen neben den Jugendlichen auch deren Eltern und die Betriebe als wichtige Partner/innen der Schulen im Prozess der Berufsorientierung.

Mit dem Wissen über die Konzeption des vorgehaltenen Angebots kann eingeschätzt werden, ob das Programm den Erwartungen und Wünschen der Empfänger entspricht. Erst der Vergleich der beiden Sichtweisen – Nachfrage und Angebot – ergibt den tatsächlichen Bedarf und damit Hinweise auf mögliche Lücken oder Überangebote.

Wirksamkeit der Angebote zur Berufsorientierung prüfen

Die *Bedarfserhebung* stellt einen Aspekt der Bewertung der Angebotsstruktur dar. Ein weiterer und wesentlich herausfordernderer Aspekt ist die Bewertung der Angebote hinsichtlich ihrer *Wirksamkeit*. Dazu ist es notwendig, dass sich die Akteure darauf verständigen, wie sie Wirksamkeit bezogen auf die verschiedenen Angebote definieren. Beispielsweise können Informationen zu folgenden Themen zur Klärung beitragen: In welcher Weise nehmen die Angebote Einfluss auf die Berufswahlentscheidung? Tragen die Projekte zur Erweiterung des Berufswahlspektrums bei? Kennen die Jugendlichen die Anforderungen ihres Wunschberufes? Sind die Jugendlichen in der Lage, ihre Fähigkeiten realistisch einzuschätzen und mit den beruflichen Anforderungen abzugleichen? Werden die Jugendlichen passgenau beraten und vermittelt? Sind die Nutzer mit der Gestaltung der Angebote zufrieden? Lassen sich Kriterien identifizieren, in denen sich effektive von wenig wirksamen Angeboten unterscheiden?

Wenn es gilt, die Angebote zu verbessern, dann heißt es in einem weiteren Schritt herauszufinden, welche Faktoren die Wirksamkeit beeinflussen. Verschiedene Untersuchungen² zeigen, wenn Lehrer/innen und schulexterne pädagogische Fachkräfte in Projekten zusammen arbeiten, ist es notwendig, dass sich die Fachkräfte auf Augenhöhe begegnen, dass sie sich auf gemeinsame Ziele verständigt haben und diese verfolgen und dass der Informationsfluss gesichert ist. Die Angebote zur Berufsorientierung müssen eingebettet sein in das schulische Konzept zur Berufsorientierung. Es ist darauf zu achten, dass die Angebote langfristig vorgehalten werden. Dies wiederum bedarf einer entsprechenden finanziellen Absicherung. Wirksame Konzepte verbinden den Erkenntnissen zufolge praktisches Ausprobieren mit Anwendungswissen und theoretischem Wissen und halten niedrigschwellige Angebote für die individuelle Beratung vor.

Systematisch erhobene empirische Daten ermöglichen es, wirksame Angebote von uneffektiven zu unterscheiden, und Antworten auf folgende Fragen zu finden:

- Wie müssen die Angebote konzipiert sein und durchgeführt werden, damit sie die erwünschten Wirkungen zeigen?
- Wie können schulische und außerschulische Angebote zu einem durchgängigen Konzept der Berufsorientierung an der jeweiligen Schule verbunden werden?
- Wie müssen die Angebote gestaltet sein, dass sie Mädchen und Jungen gleiche Chancen ermöglichen und kulturelle Unterschiede berücksichtigen?

Auf der Basis von empirischen Daten lassen sich spezifische Anforderungen für die verschiedenen Angebote ableiten, die Zielgruppen präzise zuordnen und Zeitraum sowie inhaltliche Einbettung bestimmen. Wenn wir wissen, wodurch sich effektive Angebote auszeichnen, können daraus Qualitätsleitlinien für die schulische Vorbereitung auf den Übergang hergeleitet werden, die für alle Träger und Anbieter verbindlich gelten.

2 vgl. Hofmann-Lun, I. (2007): Arbeiten und Lernen in Schülerfirmen, Jugendhilfebetrieben und Produktionsschulen.
Hofmann-Lun, I./Rother, J. (2012): Sind MINT-Berufe zukunftsträchtig auch für Hauptschülerinnen? Pädagogische Einflussmöglichkeiten auf die Erweiterung des Berufswahlspektrums. S. 37ff.
Richter, U. (2005): Den Übergang bewältigen. Gute Beispiele der Förderung an der Ersten Schwelle von der Schule zur Berufsausbildung.

Welche Daten eignen sich als Ausgangspunkt zur Verbesserung der schulischen Vorbereitung auf den Übergang?

Für die Gestaltung eines regionalen Übergangsmanagements ist es deshalb zunächst notwendig, eine verlässliche Datenbasis zu schaffen, um die regionale Situation exakt beschreiben und daraus Handlungsbedarfe ableiten zu können.

KUHNKE und REIBIG verweisen auf ein Grundhindernis bei der Entwicklung regionaler Problemlösungen. Es fehle an geeigneten Ausgangsdaten. Die in der Schulstatistik, in der Berufsberatung und in den Kammern verfügbaren statistischen Daten sind in der Regel Querschnittsdaten, mit denen keine Verläufe von der Schule in eine Ausbildung nachgezeichnet werden können. Gebraucht werden dagegen Verlaufsdaten, mit denen es gelingt, sowohl Wege der Jugendlichen darzustellen, die sich als erfolgreich erweisen als auch Wege zu identifizieren, welche Sackgassen und Umwege darstellen.³ HOFMANN-LUN und ROTHER schlagen vor, Daten über die Wirksamkeit der Angebote zu gewinnen, indem die Schüler/innen selbst befragt werden. Die Untersuchung kann quantitativ oder qualitativ im Längsschnittsdesign angelegt sein. Aus diesen Daten werden Erkenntnisse darüber gewonnen, welche Angebote aus der Sicht der Schüler/innen einen Einfluss auf ihre Berufswahl haben und wie sich ihre beruflichen Interessen während der Schulzeit ausbilden. Letztlich sollten diese Erkenntnisse in Qualitätsleitlinien für Angebote der Berufsorientierung münden, um Jugendliche wirkungsvoller bei ihrer Berufswahl zu unterstützen.⁴

1.2 Zu den Beiträgen in diesem Band

In dieser Broschüre werden unterschiedliche Verfahren dargestellt, mit denen Daten zum Übergangsgeschehen als Grundlage für Verbesserungen der schulischen Vorbereitung auf den Übergang und für regionales Übergangsmanagement gewonnen werden können. Die beschriebenen Verfahren unterscheiden sich in Zielsetzung, Anspruch und Aufwand und führen zu unterschiedlich differenzierten Ergebnissen. Ziel der Broschüre ist es, neben spezifischen Informationen zu ausgewählten Untersuchungen verschiedene Verfahren der Datengewinnung vorzustellen und in ihren Verwertungsmöglichkeiten zu beschreiben.

Welche Angebote schätzen die Schulleitungen für die Berufsorientierung als wichtig ein, und wie wirken die schulischen Konzepte zur Berufsorientierung auf die Übergangswegen von Jugendlichen?

Fallstudien belegen den Zusammenhang zwischen den Strategien der Schulen zur Vorbereitung ihrer Schüler/innen auf den Übergang, den von den Schülerinnen und Schülern verfolgten Anschlussplänen und den von ihnen tatsächlich erreichten Anschlüssen. So haben die Einschätzungen der Schulleitungen zum Leistungspotenzial ihrer Schüler/innen häufig den Charakter einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung: Werden ihnen gute Anschlüsse zuge-
traut, dann haben sie auch bessere Chancen, diese zu erreichen.

3 Kuhnke, R./Reißig, B. (2011): Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung. Schaffung einer Datenbasis zum Übergangsgeschehen. S. 6.

4 Hofmann-Lun, I./Rother, J. (2012): Sind MINT-Berufe zukunftsträchtig auch für Hauptschülerinnen? S. 65.

Werden die Potenziale eher skeptisch beurteilt, dann werden direkte Anschlüsse in Ausbildung und in weiterführende Schulen eher unwahrscheinlich.⁵ Ein zweiter Erfolgsfaktor ist die Bündelung verschiedener Aktivitäten zur Berufsorientierung zu einem konsistenten, systematischen Programm.

BORIS GEIER und IRENE HOFMANN-LUN geben in ihrem Beitrag „Förderangebote im letzten Pflichtschuljahr und ihr Beitrag zum Gelingen von Übergängen“ einen Überblick darüber, welche Strategien die Stuttgarter Hauptschulen verfolgen, um ihre Schüler/innen abschluss- und anschlussbezogen zu fördern.

Die schulspezifischen Strategien zur Berufsorientierung unterscheiden sich danach, mit welchen externen Partnern sie kooperieren, welche Angebote sie bereitstellen und wie die Schulleitung die Chancen ihrer Schüler auf dem Arbeitsmarkt einschätzt. Auf der Grundlage einer Schulleiterbefragung belegen sie, dass die Berufsorientierungskonzepte der Schulen die Übergänge der Schüler/innen beeinflussen, im positiven wie im negativen Sinne.

Nach welchen Kriterien wählen Jugendliche die Angebote aus und wie bewerten sie diese?

Die Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs) hat in den Jahren 2009 und 2010 in Forschungsprojekten für die Kreise Herford und Gütersloh die Perspektive der Jugendlichen auf die Angebote der Berufsorientierung erhoben. Der Beitrag „Mit Panel-Daten arbeiten. Das Phasenmodell zur Berufsorientierung in der Anwendung im Kreis Gütersloh“ von MELANIE GENRICH und BASTIAN PELKA fasst die Ergebnisse zweier Erhebungen zusammen und schlägt einen Phasenplan vor, der eine Systematisierung von regionalen Berufsorientierungsangeboten entlang der Bedarfe von Jugendlichen leisten kann. Die Auswahlkriterien, nach denen Jugendliche Angebote bewerten, haben diesen Phasenplan maßgeblich beeinflusst.

Wie wirken die schulischen Angebote auf das Berufswahlverhalten der Jugendlichen? Bestehen systematische Unterschiede zwischen den Schulformen?

Dieser Frage geht PHILLIP STRUCK von der Universität Hannover in seinem Artikel „Die Berufswahlkompetenz als Indikator für gelingende Berufsorientierungskonzepte. Schulformen im Vergleich“ nach, der im Auftrag des Bildungsbüros im Heidekreis die Berufswahlkompetenz der Schüler/innen an den allgemeinbildenden Schulen untersucht. Ob die Berufsorientierungskonzepte der Schulen funktionieren, soll der Indikator Berufswahlkompetenz anzeigen. Diese Untersuchung ist als Panel angelegt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen zunächst die Ergebnisse der ersten Befragung vor, die mit den Daten der nächsten Wellen eine Überprüfung erfahren werden.

Wie gelingt es, die Eltern systematisch an der Gestaltung der Übergänge zu beteiligen?

Eltern an der Gestaltung der Übergänge ihrer Kinder zu beteiligen ist ein Ziel regionalen Übergangsmanagements. Die allgemeinbildenden Schulen sind der zentrale Ort, um Eltern zu erreichen, zum einen weil die Eltern aller Jugendlichen angesprochen werden können und zum anderen, weil die Berufsorientierung und die Unterstützung bei der Berufswahl als eine gemeinsame Aufgabe der Schulen, der Eltern und auch der Jugendlichen verstanden wird.

5 vgl. Hofmann-Lun, I./Geier, B. (2008): Förderangebote im letzten Pflichtschuljahr und ihr Beitrag zum Gelingen von Übergängen. Eine Untersuchung in Stuttgart und Leipzig. S. 40.

Jedoch stellen die Lehrer/innen in den Schulen fest, dass mit den üblichen Angeboten der schulischen Elternarbeit (Elternabende, Sprechstunden) in der Regel gerade diejenigen Eltern nicht erreicht werden, deren Kinder in besonderer Weise auf eine systematische Unterstützung des Übergangs angewiesen sind.

Anknüpfungspunkte zur Verbesserung der Elternbeteiligung können empirische Daten liefern, in dem die Eltern direkt nach ihren Wünschen, Ressourcen und Wahrnehmungen befragt werden. Eine Variante besteht darin, die Fachkräfte oder die Jugendlichen zur Rolle der Eltern im Berufsorientierungsprozess zu fragen.

Verschiedene Kommunen gewannen Erkenntnisse über die Unterstützungspotenziale der Eltern aus Sicht der Jugendlichen. Eine Informationsquelle dafür waren Schülerbefragungen, mit dem wiederkehrenden Ergebnis, dass Jugendliche ihre Eltern als die wichtigsten Ratgeber im Übergang sehen.⁶ Andere Koordinationsteams des regionalen Übergangsmagements befragten Eltern über ihre Vorstellungen und ihre Rolle bei der Berufswahl ihrer Kinder. Mit diesen empirisch gewonnenen Erkenntnissen lassen sich Vorgehensweisen mit dem Ziel einer stärkeren Beteiligung der Eltern bei der Gestaltung der Übergänge ableiten.

Die vom Regionalen Übergangsmangement der Stadt Leipzig durchgeführte Befragung der Eltern erbrachte weiterführende Erkenntnisse darüber, welche Unterstützungsangebote sich Eltern wünschen, welche Verantwortung sie selbst zu übernehmen bereit sind und welche Formen der Zusammenarbeit mit der Schule sie erwarten. JANA VOIGT ging mit ihrem Team in Leipzig neue Wege, um gezielt Eltern in bildungsfernen Familien zu erreichen. In ihrem Beitrag „Was erwarten Eltern von Informations- und Beratungsangeboten zur Berufsorientierung? Ergebnisse einer Elternbefragung in der Stadt Leipzig“, wird deutlich, wie die Erkenntnisse aus der Studie gemeinsam mit den Schulen in neuen Ansätzen der Elternbeteiligung erprobt werden; es wird aber auch deutlich, dass schnelle Lösungen nicht zu erwarten sind.

6 DJI: Kommunale Schulabsolventenstudien in Halle/Saale, Jena, Leipzig, Frankfurt/Oder, Schulabsolventenstudien in Stuttgart und München 2007/2009.

Kuhnke, R./Reißig, B. (2007): Schülerinnen und Schüler auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung. Bericht zur Basiserhebung der Kommunalen Schulabsolventenstudie in den Städten Leipzig, Halle, Jena und Frankfurt/Oder. DJI.

Gaupp, N./Großkurth, H./Lex, T. (2009): Münchner Haupt-, Wirtschafts- und Förderschüler/innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung. Bericht zur Basiserhebung der Münchner Schulabsolventenstudie. DJI.

Gaupp, N./Prein, G. (2007): Stuttgarter Haupt- und Förderschüler/innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung. Bericht zur Basiserhebung der Stuttgarter Schulabsolventenstudie. DJI.

2 Förderangebote im letzten Pflichtschuljahr und ihr Beitrag zum Gelingen von Übergängen. Eine Untersuchung in Stuttgarter Hauptschulen

Boris Geier/Irene Hofmann-Lun, DJI

In seinem Übergangspanel hat das DJI nachgewiesen, dass in Haupt- und Sekundarschulen vielfältige Angebote eingerichtet wurden, die darauf zielen, den Erwerb von Schulabschlüssen und das Gelingen von Übergängen der Jugendlichen am Ende der Pflichtschulzeit zu unterstützen. Über die Wirksamkeit solcher Unterstützungsangebote für das Gelingen von Übergängen gibt es bisher keine systematischen Informationen.

Im Auftrag der Stadt Stuttgart führte das DJI eine Längsschnittuntersuchung zu den Wegen von Absolventinnen und Absolventen der Stuttgarter Hauptschulen beim Übergang in Ausbildung durch.⁷ Ziel dieser Untersuchung war es, den lokalen Akteuren eine Datenbasis für die Entwicklung eines lokalen Übergangsmangements bereitzustellen, mithilfe dessen die Übergänge von Jugendlichen von der Schule in Ausbildung effektiver gestaltet und Risiken der Abkoppelung vom Bildungs-, Ausbildungs- und Erwerbssystem minimiert werden können (vgl. auch Gaupp/Prein 2007; Gaupp/Geier 2008).

Anknüpfend an diese regionale Längsschnittuntersuchung, wurde der Beitrag von Förderangeboten im letzten Pflichtschuljahr zum Erwerb des Schulabschlusses und zum Gelingen von Übergängen in einer weiteren Studie untersucht. Diese Studie, finanziert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, zielt darauf, Zusammenhänge zwischen Förderprofilen von Schulen und Mustern von Übergangsverläufen der Absolventinnen und Absolventen zu ermitteln und systematische Informationen über die Wirksamkeit von schulischen Unterstützungsangeboten für den Erwerb von Schulabschlüssen und für das Gelingen von Übergängen in berufliche Ausbildung zu erhalten.

Der Untersuchung lag die Annahme zugrunde, dass die Förderprofile der Schulen Einfluss auf die Pläne der Schüler/innen für die Zeit nach der Schule und ihre tatsächlichen Platzierungen nehmen. Deshalb wurden die Daten zu Förderangeboten, an der Schule vorhandene Ressourcen, Einschätzungen und Einstellungen der Schulleitungen erfragt. In der Untersuchung kamen standardisierte schriftliche Fragebögen und Leitfadengestützte Interviews mit den Schulleiterinnen und Schulleitern zum Einsatz. Weiterhin wurden schulbezogene Dokumente und Materialien (Schulkonzepte, Statistiken, schulübergreifende Quellen wie Lehrplangvorgaben, einschlägige Erlasse usw.) ausgewertet.

Über diese Arbeitsschritte konnten wichtige Informationen über die Schulen gewonnen werden. Für die Analyse erfolgte in einem ersten Schritt eine Auswertung der schriftlichen Befragungen zu den Förderangeboten, zu den Kooperationspartnern der Schulen sowie zu den Einschätzungen der Schulleitungen. Ergänzend wurden Steckbriefe für die 33 Hauptschulen erstellt, die sich an der Untersuchung in Stuttgart beteiligten.

In einem weiteren Untersuchungsschritt wurde eine Typologie von Förderprofilen gebildet, der die untersuchten Schulen zugeordnet wurden.

7 Parallel dazu wurde mit Kofinanzierung durch das BMVBS eine vergleichbare Studie in Leipzig durchgeführt. vgl. dazu Reißig, B./Kuhnke, R. (2007) und Reißig, B./Kuhnke, R./Mahl, F. (2008). Eine zusammenfassende Betrachtung beider Studien findet sich auch in Hofmann-Lun, I./Geier, B. (2008).

Diese Typologie bezieht berufsorientierende, schulleistungsbezogene und abschlussbezogene Fördermaßnahmen sowie die Einschätzungen der Schulleiter/innen zur Situation ihrer Schüler/innen und deren Zukunftsaussichten ein. Die Förderprofile werden anschließend den Befunden aus der Schulabsolventenstudie gegenübergestellt und anhand der Fallstudien veranschaulicht.

2.1 Ergebnisse der Schulabsolventenstudie⁸

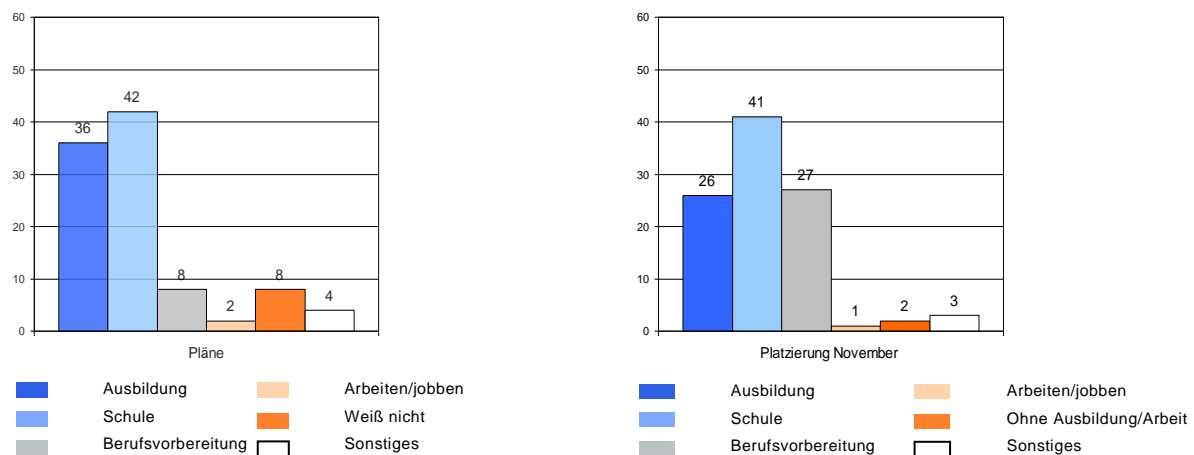
Im März 2007 hat das Deutsche Jugendinstitut (DJI) in den Abgangsklassen der Stuttgarter Hauptschulen die erste Erhebung einer Längsschnittuntersuchung durchgeführt, die die Wege Stuttgarter Jugendlicher von der Schule in Ausbildung (und später in die Erwerbsarbeit) zum Thema hat. Befragt wurden die Schüler/innen in den Abschlussklassen der 35 Hauptschulen. 1.102 Schüler/innen und damit 90 Prozent der Grundgesamtheit haben sich an dieser Befragung beteiligt. Eine erste Folgebefragung, die aufklären sollte, wo sich die Jugendlichen nach Ende der Pflichtschulzeit befinden, wurde im November 2007 durchgeführt.

Für die einzelnen Hauptschulen beträgt der Anteil der Mädchen in den Abschlussklassen zwischen 14 und 63 Prozent. Kennzeichnend für die Stuttgarter Hauptschulen ist ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, von denen viele nicht in Deutschland geboren sind. Die Anteile von Jugendlichen mit Migrationshintergrund innerhalb der untersuchten Klassen reichen an den einzelnen Schulen von 35 bis 100 Prozent. Die Pläne der Hauptschüler/innen sind klar an weiterer Bildung und Ausbildung orientiert. Die meisten wollen entweder weiter zur Schule gehen (42 Prozent) oder direkt eine Ausbildung beginnen (36 Prozent). Der Anteil derjenigen, die ohne weitere berufliche Bildung sofort in den Arbeitsmarkt eintreten, d. h. einer ungelerten Arbeit nachgehen wollen, ist minimal. Einen Zwischenschritt in Form einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme antizipiert knapp jede/r Zehnte. Etwas weniger als 10 Prozent der Jugendlichen weiß noch nicht, wie es nach dem laufenden Schuljahr für sie weitergehen soll.

Im Zentrum der ersten Folgebefragung, die im November 2007 durchgeführt wurde, standen die Bildungs- und Ausbildungsstationen der Jugendlichen nach dem Ende des letzten Pflichtschuljahres. Gut zwei Fünftel der Stuttgarter Hauptschüler/innen befindet sich im Herbst des ersten Übergangsjahres weiter in schulischer Bildung, und dies in den meisten Fällen mit dem Ziel, den mittleren Schulabschluss zu erreichen. Gut ein Viertel der Jugendlichen besucht ein berufsvorbereitendes Angebot. Etwa ebenso viele haben eine Berufsausbildung begonnen. Nur sehr wenige Jugendliche (2 Prozent) sind unversorgt. Die Ergebnisse zeigen, dass von den Jugendlichen, die eine Ausbildung geplant hatten, deutlich weniger diesen Schritt auch gehen konnten und deutlich mehr Jugendliche als ursprünglich geplant in Maßnahmen/Angebote der Berufsvorbereitung eingemündet sind. Der Anteil der Jugendlichen, die weiter zur Schule gehen, hat sich im Vergleich zum Anteil derjenigen, die dies geplant hatten, leicht erhöht. Abbildung 1 zeigt die Pläne der Jugendlichen und ihre tatsächlichen Platzierungen im Vergleich.

8 Dieses Kapitel basiert auf folgenden Berichten: Gaupp, N./Prein, G. (2007) und Gaupp, N./Geier, B. (2008).

Abbildung 1: Pläne und Platzierungen der Jugendlichen im November 2007 (Angaben in %)



Es sind insbesondere Jugendliche mit guten Schulnoten, die den Weg der schulischen Höherqualifikation einschlagen. Es liegen keine Hinweise dafür vor, dass der weitere Schulbesuch eine besonders risikobehaftete Option für die Jugendlichen darstellt. Insofern greift eine Sichtweise zu kurz, die den Erfolg des Übergangs nur anhand der Einmündungsquote in Ausbildung betrachtet. Wenn Jugendlichen der direkte Einstieg in eine Berufsausbildung gelingt, so beginnen sie zumeist (91 Prozent) ein Ausbildungsverhältnis im dualen System. Sieben Prozent der Jugendlichen absolvieren eine schulische und zwei Prozent eine außerbetriebliche Ausbildung.

Ein zentrales Ergebnis der ersten Erhebung lautet: „Die Art und Weise, in der die einzelne Schule Unterricht, die Betreuung und Begleitung der Jugendlichen durch Lehrkräfte, die Zusammenarbeit mit der Berufsberatung, die Teilnahme an Betriebspraktika, Schulsozialarbeit und Angebote von Trägern der Jugendhilfe zu einem spezifischen Förderprofil zusammenfügt, hat offenbar weitreichende Auswirkungen darauf, wie die Jugendlichen ihren weiteren Weg planen und wie sie diese Pläne verwirklichen können“ (Gaupp/Prein 2007: 3). Während es beispielsweise Schulen gibt, an denen kein/e Schüler/in nach Ende der Pflichtschulzeit weiter zur Schule gehen will, liegt an anderen Schulen der Anteil der Schüler/innen mit weiteren Schulbesuchsplänen bei fast zwei Drittel. Und während in einer Schule nur jede/r vierte Schüler/in angibt, die Beratungsangebote der Arbeitsagentur zu nutzen, sind es an anderen Schulen bis zu 85 Prozent. An manchen Schulen nennen fast 90 Prozent der Jugendlichen die Lehrkräfte als wichtige Ratgeber, an anderen sind es lediglich 17 Prozent (ebd.: 65). Hier setzt nun die Schulleiterbefragung an, mittels welcher die Förderprofile der abgebenden Schulen genauer beleuchtet werden sollen.

2.2 Ergebnisse der Schulleiterbefragung

Die Schulleiterbefragung fand an denselben Hauptschulen in Stuttgart statt, an denen auch die Schülerbefragung im Frühjahr 2007 durchgeführt wurde. Im Februar/März 2008 wurden die Schulleiterinnen mit einem schriftlichen Fragebogen befragt. An der Schulleiterbefragung haben 33 der an der Schülerbefragung beteiligten 35 Stuttgarter Hauptschulen teilgenommen. Ergänzt wurde diese Untersuchung durch leitfadengestützte Interviews an ausgewählten Schulen sowie durch die Auswertung von relevanten Materialien der Schulen und des Schulamtes der Stadt Stuttgart.

Eine deskriptive Analyse der Ergebnisse aus der schriftlichen Befragung der Schulleitungen an Stuttgarts Hauptschulen erbrachte einen Überblick darüber, welche Strategien die Hauptschulen in Stuttgart verfolgen, um ihren Schülerinnen und Schülern eine abschluss- und anchlussbezogene Förderung zuteilwerden zu lassen, mit welchen Partnern sie kooperieren, welche Angebote sie bereitstellen und welche Förderprogramme sie nutzen. Weitere Ergebnisse beziehen sich auf die „Philosophien“ der Schulleiter/innen hinsichtlich der Rolle, die das Lehrerkollegium im Prozess der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung einnimmt, bezogen auf die Situation der Hauptschüler/innen, die Leistungsfähigkeit ihrer Schüler/innen und deren Zukunftsaussichten.

Ein erstes Ergebnis dieser Untersuchung ist es, dass es den Schulen selbst ein zentrales Anliegen ist, ihre Schüler/innen im Bereich der Berufsorientierung zu unterstützen. Die Mehrheit der Schulen sieht es als eine ihrer Hauptaufgaben an, die Schüler/innen intensiv auf den Weg in Ausbildung und Beruf vorzubereiten und dabei mit externen Partnern zu kooperieren. Die Mehrheit der Schulen nennt zwischen zehn und 14 außerschulische Partner, mit denen sie in schulleistungsbezogener, sozialer und berufsbezogener Förderung zusammenarbeiten. Einige Kooperationen gehören zum Standard an Stuttgarts Hauptschulen. Dies betrifft die Kooperation mit Arbeitsagentur/Berufsberatung/BIZ und mit freien Trägern der Jugendsozialarbeit. In vielen Fällen ist die Kooperation mit Trägern der Jugendsozialarbeit nicht nur eine Unterstützung und Beratung bei persönlichen, sozialen und schulleistungsbezogenen Problemen, sondern hat zusätzlich eine wichtige Funktion in der Berufsorientierung und Ausbildungsvorbereitung. Für die meisten Schulen zählen diese Institutionen zu den wichtigsten Kooperationspartnern; insbesondere die Mobile Jugendarbeit übernimmt an den Schulen eine wichtige Funktion. An fast allen Schulen in Stuttgart (85 Prozent) ist Schulsozialarbeit ein wichtiger Bestandteil des Schulkonzeptes. Hauptaufgabenbereiche der Schulsozialarbeit sind Einzelfallhilfe, gruppenspezifische Angebote und Projekte zur sozialen, persönlichen und schulleistungsbezogenen Unterstützung und Förderung.

Für zwei Drittel der Schulen sind klein- und mittelständische Betriebe am Übergang als Kooperationspartner relevant und knapp die Hälfte nennt hier (auch) Großbetriebe und Kammern. Bei der Nennung weiterer Kooperationspartner zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Schulen: Etwa zwei Drittel der Schulen realisieren Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen, andererseits kooperieren 15 Prozent der Schulen weder mit Klein- und mittelständischen Betrieben, noch mit Großbetrieben, noch mit Industrie- und Handels- oder Handwerkskammern.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass sich Stuttgarts Hauptschulen nach außen öffnen und mithilfe von außerschulischen Partnern ihre Schüler/innen fördern, damit die Integration in Arbeit und Gesellschaft gelingen kann. Die folgende Abbildung zeigt, mit welchen Partnern die Schulen am Übergang Schule – Beruf am häufigsten kooperieren.

Tabelle 1: Kooperationspartner am Übergang Schule – Beruf (Angaben in %)

Fragetext:

Mit welchen dieser Institutionen kooperierte Ihre Schule bezüglich des Übergangs Schule – Beruf?

Kooperationspartner am Übergang	Angaben in %
Arbeitsagentur/Berufsberatung/BIZ	97
Klein- und mittelständische Betriebe	64
Freie Träger, die BO an Schulen anbieten	55
Mobile Jugendarbeit	52
Großbetriebe	46
IHK, HWK	46
ARGE, JobCenter U25	27
Jugendzentrum/Jugendhaus/Jugendtreff	24

Alle Schulen bieten ihren Schülerinnen und Schülern an, bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen zu helfen und Bewerbungsgespräche zu üben. Nahezu alle Schulen bieten ferner schulischen Berufswahlunterricht, Berufseignungstests, Betriebserkundungen und individuelle Gespräche mit Lehrerinnen und Lehrern an. Hinsichtlich weiterer Unterstützungsleistungen zeigen sich Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen. Das gilt für Angebote von individuellen Beratungsgesprächen mit Sozialpädagogen, Angebote von Projekten zur Förderung der sozialen Kompetenzen, spezifische Angebote für Mädchen und Jungen, für Paten- und Mentorenschaften, für die Entwicklung individueller Förderpläne, die Arbeit in Schülerfirmen oder den Einsatz des Berufswahlpasses.

Auch Praktika im 8. Schuljahr sind ein fester Bestandteil des Curriculums. Die Ergebnisse zeigen, dass an beinahe vier Fünftel der Schulen (79 Prozent) auch Schüler/innen der Abgangsklassen im Rahmen des Unterrichts ein Praktikum absolvieren. Die Praktikumsdauer reicht von Schnupperpraktika von zwei bis drei Tagen bis hin zu umfangreichen Praktika von 45 Tagen Dauer. Die meisten Praktika (73 Prozent) sind als Blockpraktika organisiert. In knapp einem Viertel der Schulen werden Praktika sowohl als Langzeitpraktika, die über einen längeren Zeitraum regelmäßig an ein oder zwei Tagen pro Woche stattfinden, als auch als Blockpraktika organisiert.

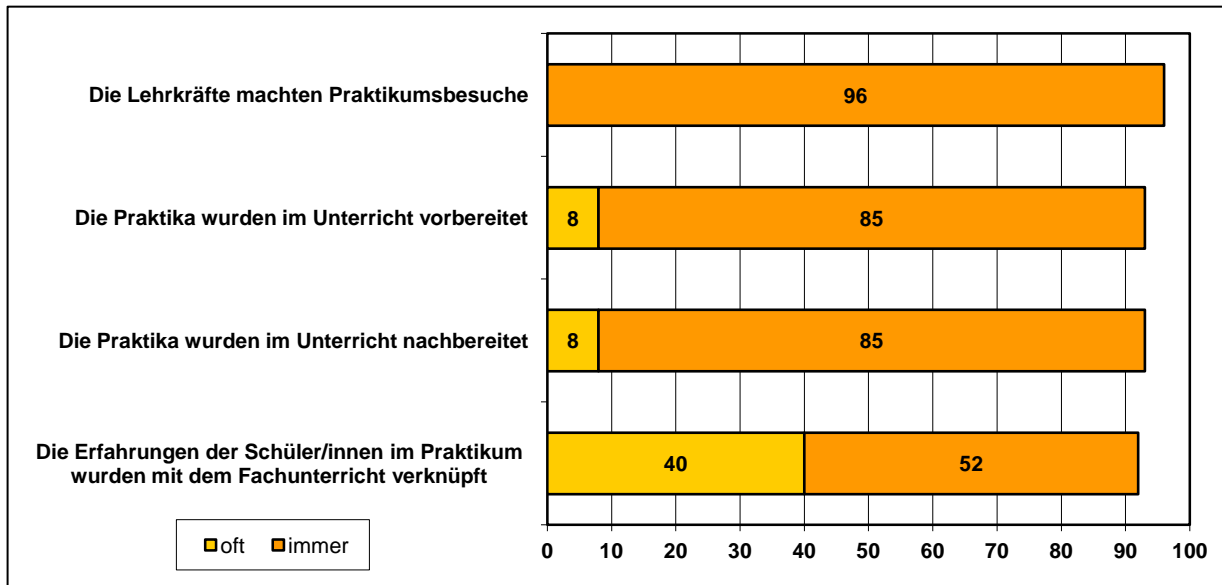
Tabelle 2: Angaben der Schulleiter/innen zur durchschnittlichen Praktikumsdauer (Angaben in %)

Durchschnittliche Praktikumsdauer	Angaben in %
2-3 Tage	8
5 Tage	19
10 Tage	23
12-15 Tage	35
mehr als 15 Tage (maximal 45 Tage)	15

In den meisten Schulen betreuen die Lehrkräfte die Praktika intensiv. Darüber hinaus erfolgt in vielen Fällen eine Verbindung der Erfahrungen aus den Praktika mit dem Fachunterricht. Durch diese Verbindung von Theorie und Praxis kann die Sinnhaftigkeit (theoretischer) Lerninhalte verdeutlicht und damit Lernmotivation der Jugendlichen befördert werden. Einen Überblick, in welchem Umfang Praktika von den Lehrkräften in den Unterricht integriert werden, gibt die folgende Abbildung.

Abbildung 2: Integration der Praktika in den Unterricht (Angaben in %)

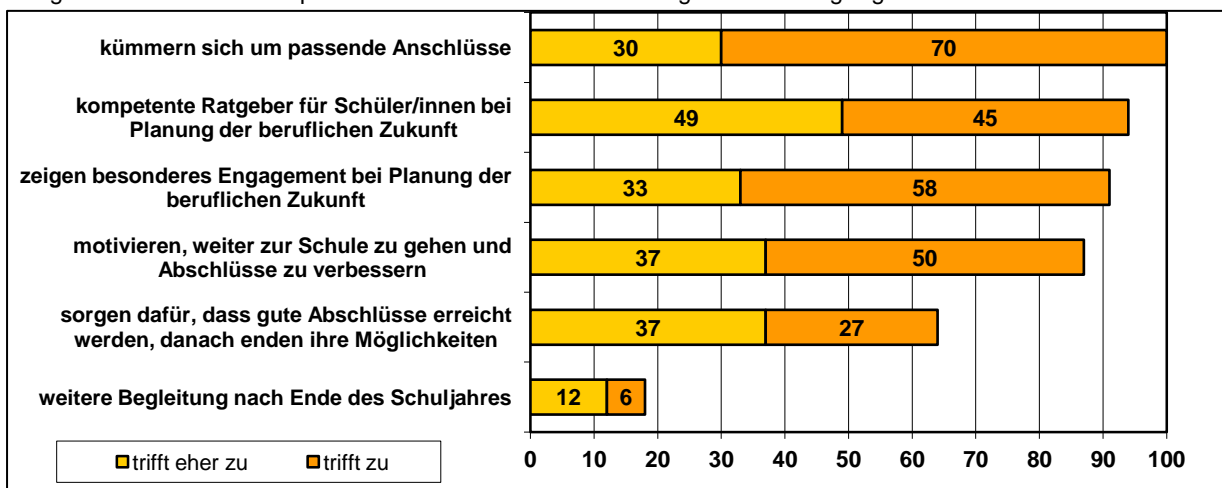
Frage­text: Wie wurden die Praktika in den Unterricht integriert?



Ein weiterer Fragenkomplex bezieht sich auf die Einschätzungen der Schulleiter/innen bezüglich der Rolle die Lehrkräfte für das Gelingen des Übergangs Schule – Beruf. Insgesamt bescheinigen die Schulleitungen ihren Lehrkräften ein hohes Engagement in dieser Hinsicht, weisen aber auch auf Grenzen hin. So sind beispielsweise über 80 Prozent⁹ der Schulleiter/innen der Meinung, die Lehrkräfte hätten keine Möglichkeit, den Weg ihrer Schüler/innen auch nach dem letzten Schuljahr weiter zu begleiten. Abbildung 3 zeigt im Überblick, wie die Schulleiter/innen die Rolle der Lehrkräfte am Übergang Schule – Beruf sehen.

Abbildung 3: Rolle der Lehrkräfte für das Gelingen des Übergangs Schule – Beruf (Angaben in %) – Perspektive der Schulleiter/innen

Frage­text: Welche Rolle spielen die Lehrkräfte für das Gelingen des Übergangs Schule – Beruf?



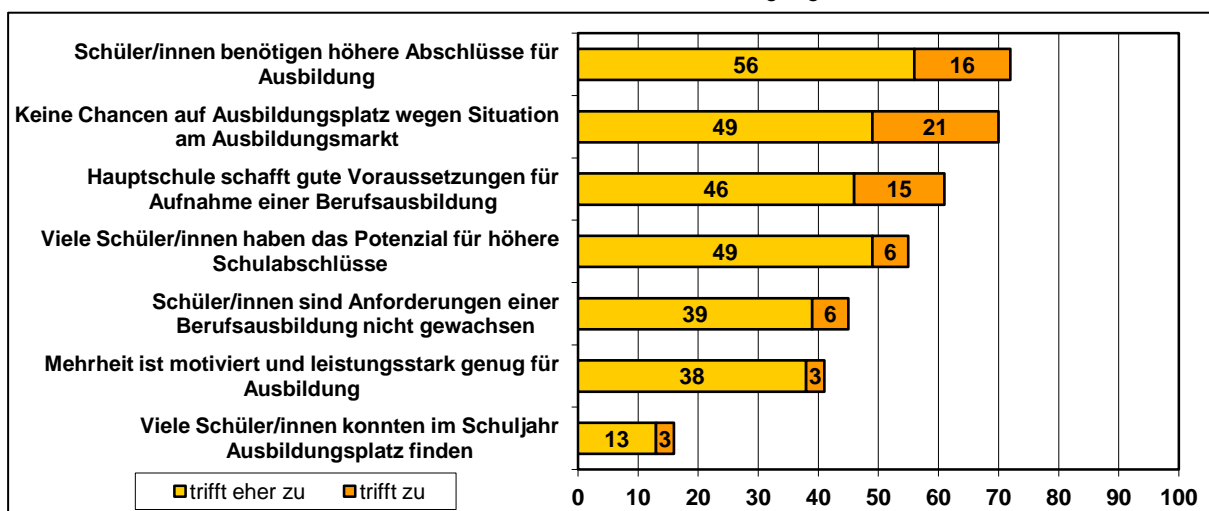
⁹ Diese Ergebnisse basieren auf der Zusammenfassung der positiven Antwortvorgaben trifft zu; trifft eher zu.

Unterschiede zeigen sich auch in den Einschätzungen der Schulleiter/innen bezogen auf die Zukunftschancen und Anschlussmöglichkeiten ihre Schülerschaft. Knapp drei Viertel¹⁰ der Schulleiter/innen sind der Ansicht, dass ihre Schüler/innen höhere Abschlüsse benötigen, um in eine Ausbildung einmünden zu können. Knapp drei Viertel sind der Auffassung, dass ihre Schüler/innen wegen der schwierigen Situation auf dem Lehrstellenmarkt keine Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben. Weniger als ein Fünftel vertritt die Einschätzung, dass viele Schüler/innen bereits während des letzten Schuljahres einen Ausbildungsplatz finden konnten. Knapp die Hälfte ist der Auffassung, dass die Schüler/innen den Anforderungen einer betrieblichen Ausbildung nicht gewachsen sind. Zwei Fünftel sind jedoch auch der Ansicht, dass die Mehrheit ihrer Schüler/innen motiviert und leistungsstark genug für eine Ausbildung ist. Die Hälfte der Schulleiter/innen bescheinigt ihren Schülerinnen und Schülern, dass sie das Potenzial für eine betriebliche Ausbildung haben. Knapp zwei Drittel der Schulleiter/innen sind der Meinung, dass die Hauptschule gute Voraussetzungen für die Aufnahme einer Ausbildung schaffe. Abbildung 4 zeigt die Einschätzungen der Schulleitungen zu den beruflichen Perspektiven ihrer Schüler/innen im Überblick.

Abbildung 4: Zukunftsaussichten der Schüler/innen der Abgangsklassen (Angaben in %) – Perspektive der Schulleiter/innen

Fragetext:

Wie beurteilen Sie die Zukunftsaussichten der Schüler/innen der Abgangsklassen an Ihrer Schule?

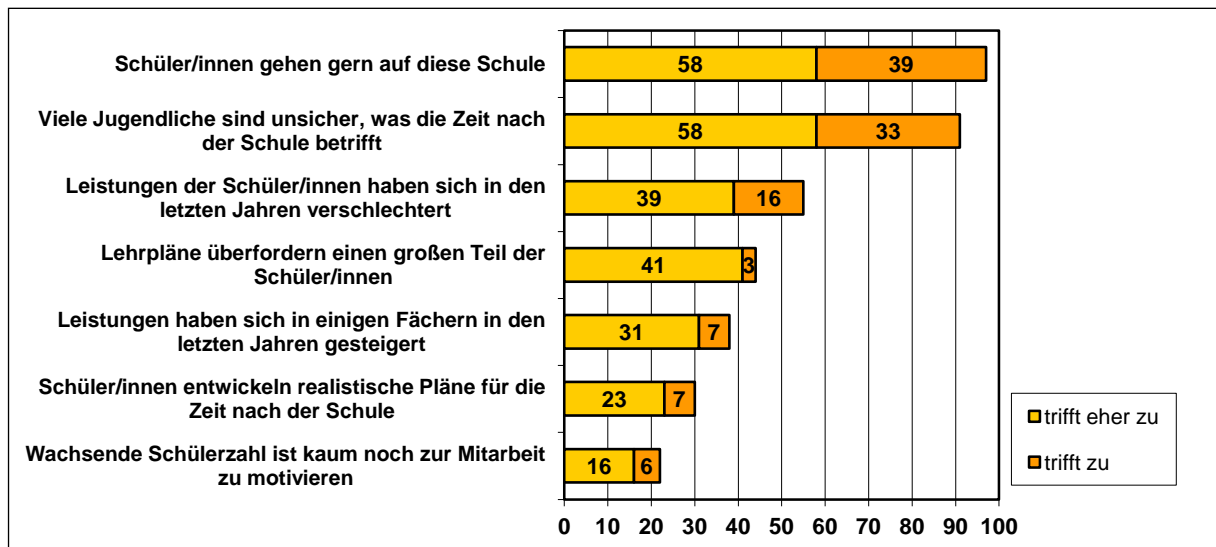


Die Einschätzungen der Schulleiter/innen über die Situation der Schüler/innen ergibt folgendes Bild: Gut die Hälfte der Schulleiter/innen ist der Auffassung, dass sich die Leistungen ihrer Schüler/innen in den letzten drei Jahren verschlechtert haben, und zwei Fünftel sind der Meinung, dass die Lehrpläne einen großen Teil der Schüler/innen überfordern. Über 90 Prozent der Schulleiter/innen vertreten die Meinung, dass viele Schüler/innen unsicher sind, was die Zeit nach der Schule betrifft. Ein Drittel ist der Ansicht, dass die Schüler/innen realistische Pläne für die Zeit nach der Schule entwickeln. Ein Fünftel vertritt die Auffassung, dass eine wachsende Schülerzahl kaum noch zu motivieren ist. Jedoch sind zwei Fünftel der Schulleiter/innen der Auffassung, dass sich die Leistungen in den letzten Jahren gesteigert haben, und nahezu alle Schulleiter/innen (97 Prozent) sind der Meinung, dass ihre Schüler/innen gern auf diese Schule gehen.

10 Diese Ergebnisse basieren auf der Zusammenfassung der positiven Antwortvorgaben trifft zu; trifft eher zu.

Abbildung 5: Situation der Schüler/innen an der Schule (Angaben in %) – Perspektive der Schulleiter/innen

Fragetext: Wie beurteilen Sie die Situation der Schülerinnen und Schüler an Ihrer Schule?



2.3 Typologie der Förderprofile an Hauptschulen in Stuttgart

Neben der Darstellung einzelner Angebote der Schulen wurden mittels clusteranalytischer Verfahren typische Muster der Nutzung von Förderangeboten, des Vorhandensein betrieblicher Kooperationspartner und der Zukunftsperspektiven der Schüler/innen aus Sicht der Schulleiter/innen gesucht. Anhand der Dimensionen *Förderangebote Übergang Schule – Beruf*, *betriebliche Kooperationspartner*, *Einschätzung Ausbildungschancen* konnten schließlich vier unterschiedliche Cluster bzw. Typen von Schulen gefunden werden:

In **Cluster 1 wenig Förderangebote/wenig betriebliche Kooperation** befinden sich sechs Schulen. Die Nutzung von Angeboten für den Übergang Schule – Beruf ist unterdurchschnittlich, betriebliche Kooperationspartner wurden selten genannt und die Ausbildungsperspektiven werden eher negativ eingeschätzt. Somit können Schulen dieses Clusters als vergleichsweise wenig aktiv in der Vorbereitung ihrer Schüler/innen auf den Übergang charakterisiert werden.

Cluster 2 wenig betriebliche Kooperation bildet mit 13 Schulen das größte Cluster und enthält Schulen, an denen überdurchschnittlich viele Förderangebote für den Übergang von der Mehrheit der Schüler/innen genutzt werden. Betriebliche Kooperationspartner werden demgegenüber am seltensten genannt. Die Perspektiven in Richtung Ausbildung werden vergleichsweise negativ eingeschätzt.

Cluster 3 positive Einschätzung der Ausbildungschancen enthält neun Schulen, die sich dadurch auszeichnen, dass die Ausbildungsperspektiven für Schüler/innen positiver eingeschätzt werden als in den anderen Schulen. Überdurchschnittlich häufig werden betriebliche Kooperationspartner genannt. Die Mehrheit der Schüler/innen nutzt durchschnittlich viele Angebote zum Übergang Schule – Beruf. Schulen dieses Clusters orientieren sich damit erkennbar am betrieblichen Ausbildungsmarkt.

Cluster 4 viele Förderangebote/viel betriebliche Kooperation enthält fünf Schulen, die sich durch hohe Angebotsnutzung und viele betriebliche Kooperationen auszeichnen. Die Ausbildungsperspektiven werden dennoch weniger positiv eingeschätzt.

Schulen dieses Clusters gelten somit als besonders aktiv in der Vorbereitung ihrer Schüler/innen auf den Übergang.

2.4 Zusammenhänge zwischen schulischen Strategien und Bildungs- und Ausbildungsverläufen von Jugendlichen

Um zu überprüfen, ob unterschiedliche schulische Strategien den Erfolg von Bildungs- und Ausbildungsverläufen der Schüler/innen beeinflussen, wurden die Daten der Schulleiterbefragung mit den Daten der Stuttgarter Schulabsolventenstudie zusammengeführt. Die tatsächlichen Platzierungen der Jugendlichen im Herbst 2007 wurden als abhängige Variable eines multinomialen Regressionsmodells verwendet, als Prädiktoren dienten sowohl Merkmale auf Schüler- als auch auf Schulebene.

Es ergibt sich der Befund, dass trotz des Einflusses schulseitiger Faktoren individuelle Faktoren auf Schülerseite die gewichtigere Rolle für die Platzierungen der Jugendlichen spielen. So senkt das Vorhandensein eines Migrationshintergrundes die Chancen in Ausbildung zu münden. Mädchen tendieren generell dazu, weiterhin die Schule zu besuchen und münden entsprechend seltener in Ausbildung ein. Jugendliche mit schlechten Noten, haben gegenüber guten Schülerinnen und Schülern ein um das 3,3-fache erhöhtes Risiko in Berufsvorbereitung zu münden. Insgesamt sind Schulnoten der bedeutsamste Prädiktor für die weiteren Wege nach der Schule. Weiterhin eine bedeutsame Rolle für eine Platzierung in Ausbildung oder Schule spielen die Praktika. Wenn im letzten Schuljahr Praktika absolviert wurden, steigt die Chance für einen Übergang in Ausbildung deutlich.

Neben den erwartungsgemäß großen Effekten individueller Eigenschaften der Schüler/innen auf die Realisierung von Anschlussstationen spielt auch die spezifische Förderstrategie der Schule eine Rolle.

Wenn Schulleiter/innen die Leistungen ihrer Schüler/innen positiv und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt optimistisch einschätzen, dann sind ihre Schüler/innen auch häufiger in Ausbildung platziert. Bezogen auf die spezifischen Förderstrategien der Schulen muss deshalb bedacht werden, dass diese sich an den tatsächlich vorhandenen oder aus Schulleitersicht vermeintlichen Potenzialen ihrer Schülerschaft orientieren.

Das Risiko, in Berufsvorbereitung zu münden, erhöht sich bei einem verringerten Angebot und verringerter Nutzungshäufigkeit von berufsorientierenden Angeboten. Aktive Schulen hingegen können die Defizite von Schülerinnen und Schülern besser ausgleichen und das Risiko einer Platzierung in weniger attraktive Anschlussmöglichkeiten minimieren.

In den Fallstudien zeigte sich darüber hinaus die Bedeutung betrieblicher Kooperationspartner. Erfolgreiche Schulen bauen tragfähige Beziehungen zu Unternehmen auf, die auf eine langfristige Zusammenarbeit abzielen. Diese Kooperationen sind den Jugendlichen und Unternehmen gleichermaßen von Nutzen. Unternehmen und Schulen können gemeinsam gegenseitige Erwartungen – bezogen auf Praktikumsplätze und Ausbildungsplätze – abklären und den Jugendlichen damit passgenaue Angebote machen.

Literatur

- Gaupp, N./Prein, G. (2007): Stuttgarter Haupt- und Förderschüler/innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung. Bericht zur Basiserhebung der Stuttgarter Schulabsolventenstudie, München/Stuttgart.
- Gaupp, N./Geier, B. (2008): Zweite Erhebung der Stuttgarter Schulabsolventenstudie, München DJI.
- Hofmann-Lun, I./Geier, B. (2008): Förderangebote im letzten Pflichtschuljahr und ihr Beitrag zum Gelingen von Übergängen. Eine Untersuchung in Stuttgart und Leipzig, München DJI.
- Reißig, B./Kuhnke, R. (2007): Leipziger Mittelschülerinnen und Mittelschüler auf dem Weg von der Schule. Halle DJI.
- Reißig, B./Kuhnke, R./Mahl, F. (2008): Ergebnisse der ersten Folgebefragung. Halle DJI.

3 Mit Panel-Daten arbeiten.

Das Phasenmodell zur Berufsorientierung in der Anwendung im Kreis Gütersloh

Melanie Genrich, Koordinationsstelle Regionales Übergangsmanagement
Kreis Gütersloh/
Bastian Pelka, Sozialforschungsstelle Dortmund

3.1 Die Ausgangslage des Übergangsmanagements im Kreis Gütersloh: Herausforderungen und Ziele

Ein Übergangsmanagement im Bereich Schule – Beruf wurde schon vor Jahren seitens der Verwaltung im Kreis Gütersloh als Aufgabe erkannt und strategisch aufgebaut. Durch die Beteiligung am *SIEGEL-Projekt* im Jahr 2000, dem Projekt *Selbständige Schule* in 2002 und dem Projekt *Erfolgreich in Ausbildung* seit 2005 wurden erste Eckpfeiler geschaffen, an die das Bildungsbüro des Kreises seit 2008 mit seiner Arbeit anknüpfen kann. Als Träger von fünf Berufskollegs hat der Kreis Gütersloh 2007 eine Schulentwicklungsplanung in Auftrag gegeben. Sie sieht eine Profilierung der Kollegs durch eine starke Straffung ihrer Angebote sowie durch an Stärken anknüpfende Exzellenzcentern vor.

Die Bildungsgänge des Übergangssystems – jährlich münden rund 1.000 Schüler/innen in diese Bildungsgänge ein – wurden hier weitgehend ausgespart und als Arbeitsschwerpunkt für das Bildungsbüro beschrieben.

Der Kreis Gütersloh hat erkannt, dass eine erfolgreiche Bildungspolitik insbesondere beim Übergang Schule – Beruf einen wesentlichen Beitrag zur Standortentwicklung leisten kann. Die Entwicklung einer Bildungsregion Gütersloh hat politische Priorität für den Landrat, die Kreisverwaltung und die Kreispolitik.¹¹

Der Kreis Gütersloh hat definiert: „Das Übergangsmanagement ist Kern des Regionalen Bildungsmanagements“. Die Ziele des Übergangsmanagements sind:

- Monitoring und Analyse aller Entwicklungen im Übergang Schule – Beruf,
- Konzeptentwicklung von Angeboten für Jugendliche mit Schwierigkeiten im Übergang,
- Aufbau eines Kooperationsystems zwischen allen Akteuren,
- Mitarbeit bei der Entwicklung einer dynamischen Bildungsregion.

Im Programm Perspektive Berufsabschluss stellen der Aufbau eines *kooperativen Berufswahlsystems* sowie die Etablierung eines *Bildungsmonitoring-Systems für den Übergang Schule – Beruf* die Kernbausteine des Gütersloher Vorhabens dar. Es sollen vorhandene regionale Ansätze und Strategien unter Beteiligung der relevanten Akteure vor Ort gestärkt und zukunftsweisende Perspektiven zur Verbesserung des regionalen Übergangsmanagements geschaffen werden.

11 Die Arbeit des Bildungsbüros basiert auf der Kooperationsvereinbarung zur Gestaltung einer regionalen Bildungslandschaft zwischen dem Kreis Gütersloh, der Bezirksregierung Detmold und den Städten und Gemeinden des Kreises Gütersloh, 25. August 2008.

3.2 Die Schüler/innen-Befragung an den Berufskollegs des Kreises Gütersloh: Aufgaben und Konzept

Die Schüler/innen-Befragung an den Berufskollegs des Kreises Gütersloh ist ein Bestandteil des Bildungsmonitoring-Systems und verfolgt das Ziel, Ansatzpunkte zur Optimierung der Angebote im Übergangssystem an den Berufskollegs zu beschreiben. Die sogenannte Warteschleifenproblematik ist zwar als „gefühlter Wert“ in den Köpfen der handelnden Akteure vorhanden (so vermuten beispielsweise die Schulleiter/innen der Berufskollegs, dass ca. 50 Prozent der Schüler/innen in nicht passgenauen Bildungsgängen untergebracht sind), war aber bislang nicht fundiert zu belegen.

Die Angebote im Übergangssystem sind hinsichtlich der Anbieter, des Zugangs, der Inhalte sowie der Dauer intransparent. Diese Einschätzung teilen die beteiligten Institutionen, u. a. die Agentur für Arbeit, freie Träger und Berufskollegs. So gibt es einerseits Bildungsgänge, für die sich die Schüler/innen direkt an den Berufskollegs anmelden können, sowie andererseits Angebote, die über die Agentur für Arbeit bereitgestellt werden. Zudem unterscheiden sich die Angebote stark hinsichtlich des Zeitpunktes ihres Beginns und ihrer Dauer.

Die Befragung der Schüler/innen an den Berufskollegs soll dazu dienen, die Bildungsgänge aus Teilnehmersicht zu betrachten. Die Studie soll Auskunft über den Zugang und die Verteilung der Schüler/innen auf die berufsvorbereitenden Bildungsgänge (Berufsorientierungsjahr, Berufsgrundschuljahr, Werkstattjahr, Klasse für Schüler/innen ohne Berufsausbildungsverhältnis, Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme) sowie über den Verbleib und Abschlüsse nach deren Abschluss geben. Auf dieser empirischen Basis lassen sich Schlussfolgerungen bezüglich der Wirksamkeit der Bildungsangebote an Berufskollegs in Abhängigkeit von den Eingangsvoraussetzungen der Schüler/innen ziehen. Im zweiten Schritt sollen aus den Ergebnissen Empfehlungen für die Entwicklung der Angebotslandschaft an den Berufskollegs abgeleitet werden.

Die Befragung der Schüler/innen an den Berufskollegs möchte Antworten auf folgende Fragestellungen finden:

- Wie erfolgt der Zugang in die Bildungsgänge? Welche Beweggründe äußern die Teilnehmer/innen? Wurden die Schüler/innen beraten, haben sie Informationsmaterial benutzt?
- Wie hoch sind die Abbrecher- bzw. Wechslerquoten? Wohin münden die Jugendlichen nach Abschluss des Bildungsgangs/der Maßnahme ein?
- Gibt es Unterstützungsangebote (z. B. durch freie Träger), die die Jugendlichen während des Bildungsgangs begleiten? Wie sind diese Angebote gestaltet und welchen Erfolg haben sie?
- Welche Aktivitäten unternehmen die Schüler/innen, um anschließend einen Ausbildungsplatz zu erhalten?
- Wie wirkungsvoll sind die einzelnen Bildungsgänge hinsichtlich des direkten Übergangs in eine vollqualifizierende Ausbildung?
- Welche Faktoren befördern den direkten Weg oder kurze Wege in eine vollqualifizierende Ausbildung?

Im Prozess der Durchführung versteht sich das Bildungsbüro als Initiator und Moderator des Prozesses unter Einbindung aller relevanten Akteure. Mit Beteiligung der Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs), die mit der Durchführung der Studie beauftragt wurde, trägt das Regionale Übergangsmanagement Ergebnisse und Empfehlungen – wie das unten beschriebene Phasenmodell – in bestehende Arbeitskreise und Gremien des Bildungsbüros hinein.

Das Design der Panel-Studie

Die Längsschnittbefragung wurde als Panel-Studie konzipiert, d. h. es wurden die gleichen Jugendlichen zu mehreren Zeitpunkten befragt. Dieses Design bietet Vorteile bei der Typenbildung, da in einer Basiserhebung zunächst demografische Merkmale (z. B. Geschlecht, Migrationshintergrund) der Jugendlichen erhoben wurden und diese Merkmalskombinationen nun als Folie hinter den Ergebnissen jeder neuen Befragung liegen. So können die Entwicklungen von Jugendlichen nach bestimmten „Typen“ (z. B. Geschlecht, Schulabschluss oder zu Hause gesprochene Sprache) nachgezeichnet und mit anderen „Typen“ mit anderen Merkmalsausprägungen verglichen werden. Das Bildungsbüro erwartet von der Panel-Studie Aussagen zur Wirkung der verschiedenen Bildungsmaßnahmen auf unterschiedliche „Typen“ von Jugendlichen.

Die Panel-Studie besteht aus einer Basisbefragung, bei der die Jugendlichen im Klassenverband mit einem schriftlichen Fragebogen befragt wurden, sowie zwei telefonischen Nachbefragungen (CATI) im Abstand von sechs und zwölf Monaten. Die erste Befragung fand kurz nach Maßnahmebeginn, die letzte nach deren Ende statt. Die Grundgesamtheit umfasst brutto 1.050 Schüler/innen in den untersuchten Bildungsgängen Berufsorientierungsjahr (BOJ), Berufsgrundschuljahr (BGJ), Werkstattjahr, Klasse für Schüler/innen ohne Berufsausbildungsverhältnis (KSoB), Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme (BVB).¹² Von ihnen nahmen 708 an der Basisbefragung, 427 (60 Prozent der Ausgangsstichprobe) an der ersten und 260 (37 Prozent der Ausgangsstichprobe) an der zweiten telefonischen Nachbefragung teil.

Die Ergebnisse der Panel-Studie werden durch die Sozialforschungsstelle Dortmund im Rahmen eines dialogischen Verfahrens frühzeitig und wiederholt in den Expertenkreis gespiegelt und dort diskutiert. So wurden in Sitzungen mit den Schulleitungen, Lehrkräften und Vertreterinnen und Vertretern von Maßnahmeträgern sowie der Politik unterschiedliche Fragen an die Panel-Studie formuliert, die die Sozialforschungsstelle basierend auf den empirischen Daten prüfte.

Sozialforschungsstelle Dortmund und Regionales Übergangsmanagement arbeiten eng verzahnt miteinander. Bereits in einer frühen Phase der Datenerhebung wurden offene Fragen von der Sozialforschungsstelle regelmäßig in den Expertenkreis getragen, um dort interpretiert zu werden. So wurde und wird sichergestellt, dass mit den Daten frühzeitig gearbeitet werden kann.

Als erste Themen wurden die Funktion und die Wirksamkeit von Berufsorientierungsmaßnahmen bestimmt. Entsprechend untersuchte die Sozialforschungsstelle die Daten der Basiserhebung und der ersten Nachfasswelle auf Aussagen zu den Berufsorientierungsangeboten, die die befragten Jugendlichen genutzt hatten. Als Ergebnis wurde das *Phasenmodell zur Berufsorientierung* abgeleitet, das in einem Fachjournal publiziert und in Fachkreisen diskutiert wurde. Dieses Modell wird im folgenden Kapitel beschrieben.

12 Die tatsächliche Grundgesamtheit dürfte jedoch deutlich kleiner als 1.050 sein, da von diesen offiziell gemeldeten Jugendlichen bereits einige zu Beginn der Befragung schon nicht mehr an den Berufsschulen auftauchten.

3.3 Das Phasenmodell zur Berufsorientierung¹³

Kommunen und Kreise haben die Berufsorientierung als wichtiges Handlungsfeld bei der Unterstützung erfolgreicher Übergänge von Jugendlichen in die Arbeitswelt erkannt. Angesichts einer Vielzahl von Angeboten und beteiligten Akteuren kommen aber Fragen nach Übersicht, Abstimmung und Wirkung auf. Die Sozialforschungsstelle Dortmund hat in den Jahren 2009 und 2010 in Forschungs- und Gestaltungsprojekten für die Kreise Herford und Gütersloh die Perspektive von Jugendlichen auf die Angebote der Berufsorientierung erhoben. Der Beitrag fasst die Ergebnisse zweier Erhebungen zusammen und schlägt einen Phasenplan vor, der eine Systematisierung von regionalen Berufsorientierungsangeboten entlang der Bedarfe von Jugendlichen leisten kann. Die Auswahlkriterien, nach denen Jugendliche Angebote bewerten, werden in diesen Phasenplan einbezogen.

Zwei Kreise mit ähnlichen Strukturen

Die Kreise Gütersloh und Herford sind nicht nur benachbart und beide Teil des Regierungsbezirks Detmold. Sie weisen auch eine Reihe ähnlicher Merkmale auf. Zu diesen Gemeinsamkeiten zählen das Fehlen eigener Oberzentren, eine enorm junge Demografie – beide Kreise werden 2020 mit zu den jüngsten Kreisen Deutschlands zählen –, ein hoher und wachsender Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie eine ungünstige Angebots-Nachfrage-Relation für betriebliche Ausbildungsplätze. In beiden Kreisen werden Jugendliche in den kommenden Jahren wahrscheinlich auf ein eingeschränktes Ausbildungsplatzangebot treffen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hat sich in beiden Kreisen ein breites Angebot zur beruflichen Orientierung entwickelt.

In den nachfolgend vorgestellten Erhebungen wurden in Anlehnung an die Definition von BUTZ (2008) alle im jeweiligen Kreisgebiet verfügbaren Angebote einbezogen, die die Annäherung und Abstimmung von Interessen, Wünschen und Wissen von Jugendlichen aller Altersstufen¹⁴ entweder verpflichtend in der Schule oder freiwillig auf Bedarfe und Anforderungen der Arbeits- und Berufswelt unterstützen – sei es durch rein informative Ansätze (Bildungsmessen), beratende (Berufsberatung im BIZ) oder durch solche Angebote, die auf Kompetenzentwicklung zur eigenständigen Berufswahl basieren (Kompetenzmessung). Das so verstandene Angebot an beruflicher Orientierung umfasst beispielsweise im Kreis Herford sieben Ausbildungsplatzbörsen, acht Testverfahren zur Kompetenzfeststellung sowie 13 weitere Instrumente. Insgesamt zählt der Kreis 35 Anbieter von beruflicher Orientierung – die Spannweite umfasst Bildungsträger, Branchenverbände, Kammern, Städte und Gemeinden sowie Banken und Sparkassen.

13 Der folgende Beitrag wurde unter dem Titel „Welche Berufsorientierung suchen Jugendliche? Skizze eines Phasenplanes zur nachfrageorientierten Gestaltung von Berufsorientierung“ in der Zeitschrift „Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis“, Ausgabe 6/2010, Seiten 43-46 veröffentlicht. Ein Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung. Der Artikel ist abrufbar unter: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6509> zuletzt überprüft 03.05.2012.

14 Aktuell ist in der Berufsorientierung der Versuch zu erkennen, Jugendliche biografisch immer früher und auch länger anzusprechen. Eine „biografische Berufswegebegleitung“ (vgl. Bylinski 2009) soll als kontinuierliche Aufgabe aller beteiligten Institutionen von der allgemeinbildenden Schule bis in die Berufs- und Arbeitswelt entstehen.

Berufsorientierung aus Sicht der Jugendlichen

Die Sozialforschungsstelle Dortmund hat in beiden Kreisen Erhebungen durchgeführt (vgl. Tabelle 3), um die Sicht der Schüler/innen an Berufskollegs auf die regionale Angebotslandschaft an beruflicher Orientierung zu erkunden. Diese Erhebungen waren nicht miteinander verbunden und verfolgten zum Teil unterschiedliche Erkenntnisinteressen. In diesem Beitrag werden sie nun unter der gemeinsamen Fragestellung nach den Nutzungsstrategien der Jugendlichen ausgewertet. Dabei wird ein im Workshop entwickeltes Modell zur Beschreibung der Suchinteressen durch die Befunde der quantitativen Befragung überprüft.

Tabelle 3: Die beiden Schülerbefragungen im Überblick

	Workshop mit Sprecherinnen und Sprechern der Schülervertretung (SV) an Berufskollegs im Kreis Herford	Befragung von Schülerinnen und Schülern an Berufskollegs im Kreis Gütersloh
Ziel	Erwartungen an Angebote der Berufsorientierung erheben	Einschätzung der Jugendlichen zu den besuchten Bildungsangeboten/ Maßnahmen erheben
Auftraggeber	Bildungsbüro des Kreises Herford	Bildungsbüro des Kreises Gütersloh, Förderung durch <i>Perspektive Berufsabschluss</i>
Durchführendes Institut	Sozialforschungsstelle Dortmund	Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs)
Methode	Qualitativer Workshop im Delphi-Design (vgl. Pelka 2010)	Schriftliche Klassenraumbefragung
Befragungszeitpunkt	Dezember 2009	Oktober 2009, kurz nach Maßnahmebeginn
Befragte	Elf SV-Sprecher/innen von Berufskollegs	708 Jugendliche in fünf Bildungsgängen (BOJ, BVJ, KSoB, BVB, Werkstattjahr) von fünf Berufskollegs

These 1: Jugendliche suchen nach Angeboten, nicht nach Anbietern

Im Workshop wurde das Wissen der Jugendlichen über regionale Berufsorientierungsangebote erhoben. Dabei wurde ein Denkmuster deutlich: Die Schülervertretungssprecher/innen (SV-Sprecher/innen) kannten zwar viele der verfügbaren Berufsorientierungsangebote, nicht aber deren Träger oder Anbieter. Die Bewertung eines Angebots oder die Entscheidung für ein bestimmtes Angebot hängt nicht vom Träger ab, da diese oftmals nicht bekannt sind oder zumindest kaum unterschieden werden.

Vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund hätten Schwierigkeiten, die anbietenden Akteure auseinander zu halten. Generell unterscheiden die Jugendlichen (mit und ohne Migrationshintergrund) grob zwischen Akteuren als *Betriebe* (deren Angeboten ein hoher Praxisbezug beigemessen wird) und *andere*. Die SV-Sprecher/innen vermuten, dass die Nutzung und insbesondere die Bewertung eines Angebots stärker mit individuellen Merkmalen der Jugendlichen zusammenhängen als mit dem Anbieter.

These 2: Jugendliche suchen Angebote der Berufsorientierung nach individuellen Bedarfen

Eine Ausrichtung der Angebote zur Berufsorientierung allein anhand dieser individuell festgestellten Unterschiede vorzunehmen, würde jedoch zu kurz greifen. Die SV-Sprecher/innen stellten im Workshop heraus, dass der *Stand der Orientierung* der Jugendlichen ihre Auswahl und Bewertung eines Berufsorientierungsangebots beeinflusst. Darüber hinaus wurde eine interessante These zum Bezug zwischen Stand der Orientierung und Kriterien für die Auswahl und Bewertung von Angeboten geäußert: Jugendliche in einer frühen und unentschiedenen Phase ihrer Berufsorientierung suchen Angebote, die einen intensiven individuellen Dialog im Kontext ihrer Lebenswelt bieten. Demgegenüber gewinnen für Jugendliche mit konkreteren Berufsvorstellungen der fachliche Bezug und die Nähe zur betrieblichen Ebene an Bedeutung. In diesen Fällen werden auch Angebote außerhalb des *sozialen Nahbereichs* genutzt.

These 3: Der Informations- und Orientierungsstand ist bei der Angebotssuche entscheidend

Diese These lässt sich durch eine Interpretation der Befunde der Gütersloher Befragung stützen. Dort wurde der Orientierungsstand der Jugendlichen über die Selbsteinschätzung zum Stand der eigenen Entscheidungssicherheit für einen Beruf über eine fünfstufige Skala (von sehr gut bis sehr schlecht) operationalisiert. Diese Selbsteinschätzung lässt sich nun mit der Bewertung von einzelnen Berufsorientierungsangeboten durch die Jugendlichen in Beziehung setzen, wobei folgende Angebotsklassifizierung vorgenommen wurde:

- ***privater Bereich*** mit stark dialogischem Charakter, aber geringerer Fachspezifik (Beratung durch Eltern, Freunde, Bekannte),
- ***Nahbereich*** mit höherer Fachspezifik, mit immer noch intensivem und häufigem Dialog (Beratung durch Lehrer/innen, Schulsozialarbeiter/innen, Ausbilder/innen und Betreuer/innen in Maßnahmen) und
- ***öffentlicher Raum*** mit weniger oder nur punktuell Dialog, aber mit einer größeren fachlichen Spezialisierung und mit größerer betrieblicher Nähe (z. B. Betriebsbesuche und Ausbildungsbörsen).

Dabei muss relativierend angemerkt werden, dass die Jugendlichen um eine rückblickende Bewertung der früher wahrgenommenen Unterstützung gebeten wurden – das heißt, dass die Unterstützung bereits zum „treatment“ geworden ist und damit die Selbsteinschätzung des eigenen Orientierungsstandes beeinflusst. Wir sind dennoch der Meinung, den „treatment-Effekt“ für die folgenden Überlegungen außer Acht lassen zu können, weil es uns um Bewertungen innerhalb von Gruppen geht, die – wenn sie ein „treatment“ erhalten haben – den gleichen outcome zeigen: nämlich eine ähnliche Einschätzung des eigenen Orientierungsstandes.

Vor dem Hintergrund dieser Relativierung ist zu beobachten, dass unabhängig vom Orientierungsstand alle Jugendlichen die Beratung im *privaten Bereich* als wichtigste Unterstützung empfinden (vgl. Tabelle 4) – dies deckt sich mit Ergebnissen anderer Studien (vgl. u. a. Müller/Pagels 2010), die insbesondere die Bedeutung der Eltern für die Berufswahl hervorheben. Außerdem lässt sich feststellen, dass gut orientierte Jugendliche alle Formen von Berufsorientierungsangeboten besser bewerten als schlecht orientierte Jugendliche. Dies kann zum einen auf den beschriebenen „treatment-Effekt“ zurück geführt werden, kann aber auch Ausdruck eines „allgemeinen Lebensgefühls“ sein, dass sich in der negativen oder positiven Bewertung zahlreicher Faktoren niederschlägt.

Darüber hinaus ermöglichen die Befragungsergebnisse Aussagen zum Verhältnis der Bewertung von *privater* und *öffentlicher* Unterstützung je nach Orientierungsstand.

Tabelle 4: Anteile der Jugendlichen, die Unterstützungsangebote als (sehr) hilfreich beurteilen nach Orientierungsstand (Mehrfachnennungen, Angaben in %)

Art der Unterstützung	Orientierungsstand		
	(sehr) gut (n= 381)	teils/teils (n = 248)	(sehr) schlecht (n = 53)
Private Unterstützung (Familie, Eltern, Geschwister, Freund, Freundin, weitere Freunde und Bekannte)	74 %	64 %	55 %
Unterstützung im „Nahbereich“ Lehrer/in, Ausbilder/in, Betreuer/in in Maßnahme, Schulsozialarbeiter/in)	67 % 1,1	37 % 1,7	38 % 1,4
Unterstützung im „öffentlichen Raum“ (Agentur für Arbeit, Übergangskoach, Berufswahlberatung in der Schule, Ausbildungsbörse/Ausbildungsmesse, Berufseinstiegsbegleiter/in, Kompetenzagentur, Berufsvorbereitende Maßnahme, GT Aktiv/Fallmanager/in)	48 % 1,5	34 % 1,9	19 % 2,9

Die Bewertungen lassen sich zueinander in Beziehung setzen, wenn Tabelle 4 spaltenweise von oben nach unten gelesen wird. Demnach nimmt der relative Vorsprung (also die Bedeutung) der privaten Unterstützung vor der Unterstützung im *Nahbereich* und im *öffentlichen Raum* mit zunehmender beruflicher Orientierung ab:

- Jugendliche, die sich schlecht orientiert fühlen, bewerten private Unterstützung 1,4-mal häufiger als *sehr hilfreich* oder *hilfreich* als Angebote des Nahbereichs und 2,9-mal häufiger als öffentliche Angebote.
- Jugendliche, die sich als *teils/teils* orientiert bezeichnen, bewerten private Unterstützungsangebote 1,7-mal häufiger als (*sehr*) *hilfreich* als Angebote im Nahbereich und 1,9-mal häufiger als öffentliche Unterstützung.
- *Gut orientierte* Jugendliche bewerten private Unterstützung lediglich 1,1-mal häufiger als (*sehr*) *hilfreich* als solche im Nahbereich und 1,5-mal häufiger als öffentliche Unterstützungsangebote.

Aufgrund geringer Fallzahlen ist eine differenzierte Bewertung nach dem Orientierungsstand nur bei wenigen Angeboten möglich: Wenig orientierte Jugendliche favorisieren die Berufswahlberatung in der Schule und durch Berufseinstiegsbegleiter/innen (zwei Angebote an der Schule sowie mit individueller Gesprächsmöglichkeit im *Nahbereich*). Gut orientierte Jugendliche bewerten die Berufsberatung in der Agentur für Arbeit sowie Ausbildungsbörsen (zwei Angebote im *öffentlichen Raum*) besser als schlecht orientierte. Auch diese Einzelergebnisse stützen die These 3. Dabei gehen wir jedoch von der oben beschriebenen Ausklammerung des Einflusses der Beratung auf den Orientierungsstand aus – wir betrachten also nicht den Fall, dass ein Jugendlicher gerade deshalb gut orientiert ist, weil er eine gute Beratung erfahren hat. Uns kommt es aber auf den Vergleich innerhalb der Gruppen gut/mittel/schlecht orientierter Jugendlicher an. Aus unserer Sicht lässt sich das Phasenmodell daher vertreten, wenn es genutzt wird, die Perspektive der Jugendlichen stärker zu „denken“.

Phasen der Informationssuche

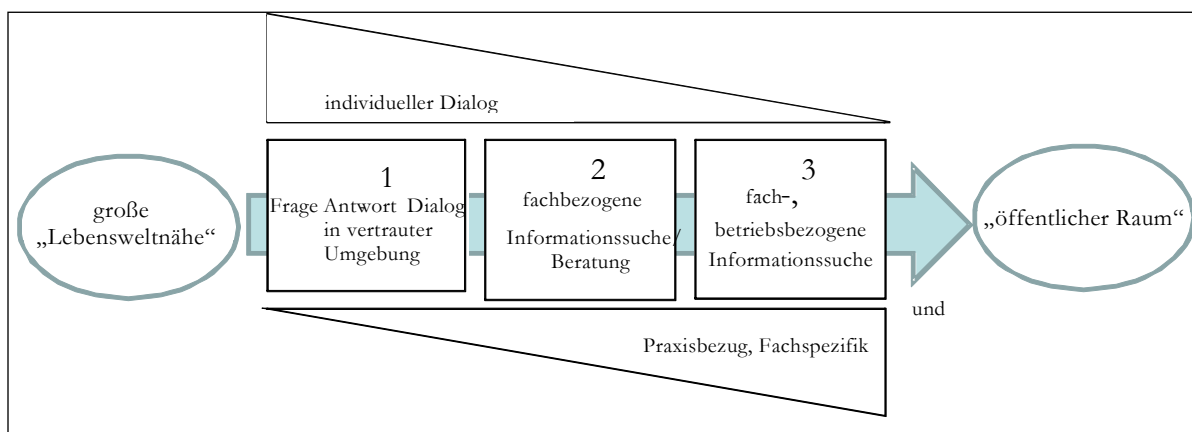
Die Befunde lassen sich – mit aller Vorsicht und vor dem Hintergrund der beschriebenen Einschränkungen – hypothetisch zu einem Phasenmodell der Berufsorientierung von Jugendlichen verdichten (vgl. Abbildung 6). Darin werden zunächst Angebote im privaten Umfeld (z. B. Eltern) und mit individuellem Kontakt sowie der Möglichkeit zum Frage-Antwort-Dialog genutzt. In dieser Phase (1) spielen die fachliche Expertise und die Kenntnis unterschiedlicher Berufsfelder eine geringere Rolle. Das private Gespräch im Familienkreis kann als Musterbeispiel dieser *Orientierungsphase* angesehen werden und stellt in der Tat für viele Jugendliche die erste und wichtigste Orientierung dar. Diese Phase kann als grobe Suchphase verstanden werden, in der die Jugendlichen eine starke Vertrauenssituation für die Beratung benötigen.

Ist eine erste Orientierung erfolgt, suchen die Jugendlichen weitergehende, fachlich professionellere, stärker *praxisorientierte Beratung* (Phase 2), die zwar außerhalb ihres direkten privaten Umfelds, aber noch im sozialen Nahbereich liegt. In dieser Phase verlieren der individuelle Kontakt und die Möglichkeit zum Frage-Antwort-Dialog zu Gunsten des Praxisbezugs des Angebots an Bedeutung.

In der letzten Phase (Phase 3) werden dann vor allem *praxisorientierte Informationen* nachgefragt. Hier sind Angebote ohne oder mit eingeschränkten individuellen Gesprächen, also zum Beispiel öffentliche Veranstaltungen wie Vorträge, Berufsmessen, Tage der offenen Tür oder Datenbanken häufiger genutzte Informationsquellen. Zwar besteht auch bei diesen oftmals die Möglichkeit zum individuellen Gespräch. Doch zeigen die Ergebnisse der Gütersloher Studie, dass es Gruppen von Jugendlichen mit bestimmten Merkmalen (insbesondere eine fortgeschrittene berufliche Orientierung) gibt, die diese Gelegenheit nicht nutzen und/oder individuelle Gespräche gar nicht anstreben.

Generell gilt eine hohe Individualisierung der Beratung als sinnvoll. Je weiter die Orientierung eines Jugendlichen fortgeschritten ist, desto wichtiger wird jedoch die Praxisrelevanz, also die stark fach-, berufs- und sogar betriebsbezogene Ebene der Entscheidungsfindung.

Abbildung 6: Phasenmodell zur Berufsorientierung



Das angedeutete Phasenmodell ist sicher ein Idealbild, das aktiv suchende und interessierte Jugendliche voraussetzt. Auch ist es nicht als lineares Modell zu verstehen, wie die Abbildung suggeriert; es „denkt“ auch zirkuläre Suchbewegungen mit – so können Jugendliche jederzeit in eine andere Phase wechseln – etwa wenn sich der Berufswunsch ändert. Obwohl solche „Sprünge“ durchaus im Sinne des Modells sind, verzichten wir an dieser Stelle zugunsten einer scharfen Fokussierung auf die Beschreibung der Varianten. Denn unser Ziel ist es, mit dem Phasenmodell das Augenmerk weg von der „Marke“ des Anbieters zu richten und hin auf

zwei Faktoren, die Jugendliche als Entscheidungsgrundlage für die Wahl eines Berufsorientierungsangebots nutzen: individuellen Dialog und Praxisnähe/Fachspezifik. Idealerweise sind beide Faktoren stets hoch; in der Anfangsphase der Orientierung haben die Vertrautheit des Beratungsumfelds und die Individualität der Angebote jedoch eine größere Bedeutung als die Praxiskenntnis der beratenden Person.

Informationsbedarf Jugendlicher im Fokus einer nachfrageorientierten Berufsorientierung

Die Befunde können als Aufforderung zur stärkeren Systematisierung der Berufsorientierungsangebote in der Region verstanden werden. Regionen, die sich auf diesen Weg machen, sollten in einem ersten Schritt alle verfügbaren Angebote sammeln und entsprechend der hier beschriebenen Sicht der Jugendlichen kennzeichnen. Der Name des Anbieters wird in einer solchen Systematisierung zu Gunsten der beschriebenen spezifischen Merkmale wie Individualität und Fachspezifik zurücktreten. So ließe sich an eine Darstellung aller Angebote einer Region – zum Beispiel in Form eines Posters – denken, bei der die Beratungsangebote nach Angebotsform aufgeführt werden. Auch eine Unterscheidung zwischen Angeboten mit hohem Informations- versus hohem Beratungsanteil oder mit allgemeinem versus speziellem fachlichen Hintergrund entspräche einem solchen Phasenmodell. Der Vorteil des Phasenmodells liegt darin, dass es Anbietern erleichtert, ihre Angebote aus der Sicht der Zielgruppe zu betrachten. Bei diesem Blick könnte beispielsweise auffallen, dass es zahlreiche Angebote eines Typs, dafür nur wenige eines anderen Typs gibt und dass daher Nachsteuerungsbedarf besteht.

3.4 Die Arbeit mit dem Phasenmodell. Erste Schritte und weitere Aufgaben

Die Publikation zum Phasenmodell erwies sich als geeignetes Mittel, die bisherigen Befunde der Fachöffentlichkeit des Kreises vorzustellen und eine Diskussion über die konkrete Verwendung des Modells anzustoßen. So wurde der Leitgedanke des Phasenmodells durch die Sozialforschungsstelle Dortmund im Rahmen der Jugendkonferenz des Kreises Gütersloh vorgestellt.

Die Jugendkonferenz im Kreis Gütersloh ist eine zwei- bis dreimal jährlich stattfindende Konferenz aller mit Jugendarbeitslosigkeit sowie dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt befassten relevanten Akteure, der neben den drei Kooperationspartnern – Bildungsbüro Kreis Gütersloh, Agentur für Arbeit und Jobcenter GT aktiv Kreis Gütersloh – auch Vertreter der Kommunen, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Schulen und der Bildungsträger angehören. Sie dient dem Austausch zwischen den Institutionen und der Weiterentwicklung bestimmter Handlungsfelder des Übergangsmagements.

Wenn es gelänge – so das Fazit der Jugendkonferenz – die sowohl von Anbietern, erst recht aber von Jugendlichen als unübersichtlich empfundenen Angebote zu systematisieren und dabei die Sicht der Jugendlichen einzunehmen, könnte es gelingen, die Angebote besser auf die Bedarfe der Zielgruppe und der Region auszurichten.

Konkret wurde im Rahmen der Jugendkonferenz eine *Arbeitsgruppe Phasenmodell* damit beauftragt, konkrete Handlungsansätze aus den Kernaussagen des Modells zu erarbeiten. Das Ziel könnte darin bestehen, die im Kreis Gütersloh vorgehaltenen Angebote nach den Strukturmerkmalen des Phasenmodells zu beschreiben und damit die Hinwendung von der

Anbieter- zur Nachfragesicht auf die Berufsorientierungsangebote zu vollziehen. Das Phasenmodell diene dann als Strukturierungsraster für die Angebote zur Berufsorientierung im Landkreis. Der Arbeitsgruppe gehören Vertreter/innen der IHK und Handwerkskammer, zwei Sprechern/innen der Studien- und Berufswahlkoordinatoren, drei Vertreter/innen der freien Träger, ein Vertreter der Agentur für Arbeit und die Fachreferentin Übergang Schule – Beruf der Stadt Gütersloh als Vertreterin einer Kommune des Kreises an. Die Moderation der Arbeitsgruppe sowie die Federführung der Umsetzung übernimmt das Bildungsbüro des Landkreises Gütersloh. Die Sozialforschungsstelle Dortmund steht weiterhin beratend zur Seite. Damit stellt diese neue Arbeitsgruppe ein Gremium von Vertretern der wesentlichen Akteure der Berufsorientierung im Kreis dar. In der ersten Sitzung wurde das Phasenmodell hinsichtlich zweier Fragestellungen diskutiert:

- Welche Vorteile und Möglichkeiten und welche Grenzen können anhand des Modells beschrieben werden?
- Wo gibt es konkrete Anknüpfungsmöglichkeiten für die Praxis?

Dabei wurde das Phasenmodell durch den fachlichen Input der Gremiummitglieder um eine weitere Dimension erweitert: Als relevant wurde auch die Information eingeschätzt, ob es sich bei einem Angebot eher um *Information* (z. B. über einen Tag der offenen Tür), *Beratung* (mit Dialogmöglichkeit) oder die *Möglichkeit zum Erfahrungslernen* (also z. B. das Ausprobieren von Tätigkeiten) handelt.

Die Einbeziehung von Eltern in die Berufsorientierungsangebote wurde in der Arbeitsgruppe stark thematisiert, da die Panel-Befragung der Jugendlichen der Unterstützung durch das Elternhaus eine große Bedeutung zuweist. Die anwesenden Experten/innen beschreiben, dass die Eltern im Rahmen vorhandener Berufsorientierungsangebote wenig erreicht werden. Ein weiterer konkreter Vorschlag betrifft die Einbeziehung von Schülervertreter-Sprecher/innen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in die Berufsorientierung. Sie können als „opinion leader“ Jugendliche deutlich besser ansprechen als die bekannten Akteure der Berufsorientierung.

Als nächsten Schritt beschloss der Arbeitskreis eine Sichtung aller im Kreis existierenden Berufsorientierungsangebote. Anhand eines vom Bildungsbüro und der Sozialforschungsstelle Dortmund erstellten Fragebogens werden die Angebote durch das Bildungsbüro erhoben und in einem nächsten Schritt in eine an das Phasenmodell angelehnte Matrix übertragen. Die Auswertungsergebnisse werden im nächsten Arbeitskreis mit den Experten/innen diskutiert.

Wenn es gelänge, alle im Landkreis vorgefundenen Angebote entlang einer einheitlichen Struktur zu beschreiben, die – nach den Annahmen des Phasenmodells – den Blick der Jugendlichen einnimmt, würde dem Bildungsbüro erstmals eine einheitliche Beschreibung der Angebotslandschaft aus der Zielgruppenperspektive vorliegen. Basierend auf diesen Beschreibungen wäre der Arbeitskreis in der Lage, Lücken und Häufungen bezogen auf das Gesamtangebot zu identifizieren. In einem letzten Schritt schließlich könnte man sich auf Verfahren verständigen, diese Lücken zu schließen und Häufungen zu reduzieren. Damit wäre der Grundstein für eine am Bedarf der Jugendlichen orientierte Angebotslandschaft gelegt.

Die Idee des Phasenmodells soll sukzessive mit den Schulen im Kreis diskutiert werden. Den allgemein- und berufsbildenden Schulen kann es als Reflexionsinstrument hinsichtlich der Abfolge von Angeboten zur Berufsorientierung und als Hilfestellung für die Aufnahme neuer Angebote in das Berufswahlcurriculum dienen.

Ebenso nützlich erweist sich das Phasenmodell für das Bildungsbüro als koordinierende Instanz: Das Instrument soll zukünftig dafür genutzt werden, auf Angebotslücken und auf Überangebote der Berufsorientierungslandschaft im Kreis Gütersloh aufmerksam zu machen.

Alle Mitglieder der Jugendkonferenz und des Arbeitskreises arbeiten hoch motiviert, eine deutliche Begeisterung ist zu spüren; die Bereitschaft der Akteure, die Angebote zu recherchieren, bestätigt diesen Eindruck. Jedoch sollten kritische Punkte bei der Anpassung der Berufsorientierungsangebote an den Bedarf der Jugendlichen nicht ausgeblendet bleiben. Die Panel-Studie erhebt ausschließlich Bedarfe der Jugendlichen. Eine Spiegelung mit der Einschätzung von Experten/innen findet zwar im Rahmen des beschriebenen dialogischen Verfahrens statt; dennoch stehen die Fragen im Raum, ob es sinnvoll ist, Angebote wirklich so konsequent auf die Bedarfe der Zielgruppe auszurichten und wie die Bedarfe anderer Beteiligter – beispielsweise der Anbieter oder der regionalen Wirtschaft – berücksichtigt werden können.

Literatur

- Butz, B. (2008): Grundlegende Qualitätsmerkmale einer ganzheitlichen Berufsorientierung. In: Famulla, G. u. a. (Hrsg.): Berufsorientierung als Prozess. Persönlichkeit fördern, Schule entwickeln, Übergang sichern. Baltmannsweiler, S. 42-62.
- Bylinski, U. (2009): Schule zur Arbeitswelt hin öffnen. In: Bonekamp, W./Wilfried K. (Hrsg.): Schulische Arbeitswelt und Berufsorientierung & kommunale Koordinierung. Tagungsbericht zum Jahresforum der Weinheimer Initiative am 5. November 2008 in Dortmund, S. 52-59.
- Müller, D./Pagels, N. (2010): Und wo bist Du jetzt? Längsschnittstudie zur Berufswegplanung. Göttingen.
- Pelka, B. (2010): Jugendliche als Experten ihrer beruflichen Orientierung. Zur Erprobung eines Delphi-Designs in einem Workshop mit Jugendlichen. In: Berufsverband Deutscher Soziologinnen und Soziologen (Hrsg.): Sozialwissenschaften und Berufspraxis – SuB, Stuttgart.

4 Die Berufswahlkompetenz als Indikator für gelingende Berufsorientierungskonzepte. Schulformen im Vergleich

Philipp Struck, Institut für Berufspädagogik und Erwachsenenbildung, Leibniz Universität Hannover

Im Rahmen der *Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement* hat der Landkreis Soltau-Fallingb. dem Institut für Berufspädagogik und Erwachsenenbildung der Leibniz Universität Hannover einen Forschungs- und Entwicklungsauftrag übertragen, die Berufswahlkompetenz aller Schüler/innen der Klassen 7 bis 10 an den Haupt-, Real-, Gesamt- und Förder-schulen des Kreises zu erheben. Ziel sind Entwicklungsdaten, die anhand von Wiederholungs-messungen diagnostiziert werden sollen.

4.1 Der Heidekreis

Der Landkreis Soltau-Fallingb. (Heidekreis) gehört zum Gebiet der Lüneburger Heide in Niedersachsen und liegt in Mitten der drei Großstädte Hamburg, Hannover und Bremen. Der Heidekreis hat 140.053 Einwohner bei einem Ausländeranteil von 4,1 Prozent (Niedersachsen: 5,7 Prozent). 11.443 Einwohner sind zwischen 18 und 25 Jahren alt, diese Gruppe der jungen Erwachsenen weist eine überdurchschnittliche Saldoabwanderungsquote von 2,6 Prozent (Niedersachsen: 0,28 Prozent) für das Jahr 2009 auf. Die Saldoabwanderungsquote dieser Altersgruppe liegt jedoch seit dem Jahr 2005 relativ stabil in dieser Größenordnung (Stand 31.12.2009; LSKN 2010). Im Februar 2011 bestand im Heidekreis eine Arbeitslosenquote von 8,5 Prozent (Deutschland: 7,9 Prozent; Niedersachsen: 7,7 Prozent) und eine Arbeitslosenquote junger Erwachsenen im Alter von 15 bis 25 Jahren von 9,3 Prozent (Deutschland: 6,6 Prozent; Niedersachsen: 6,9 Prozent) (Bundesagentur für Arbeit 2011).

4.2 Die Befragung

Die Befragung, die im September 2010 begann, soll bis 2014 weitergeführt werden. Im Frühjahr sowie im Herbst 2011 erfolgen jeweils im Halbjahresrhythmus die zweite und die dritte Befragungswelle. Ziel ist es, die Klassenstufe 7 des Schuljahres 2010/2011 bis zum Ende des 10. Schuljahres im Sommer 2014 durchgängig zu begleiten. Entsprechend werden mit der Panelstudie sowohl Längs- als auch Querschnittsdaten erhoben und ausgewertet. Die zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorliegenden Querschnittsdaten dienen der Hypothesenbildung über die Entwicklung der Berufswahlkompetenz.

4.3 Die Methodik

Zur Feststellung der Berufswahlkompetenz wurde ein Onlinefragebogen erstellt, den die Jugendlichen direkt in der Schule beantworten. Mit dem Instrument sollen sowohl die vorberuflichen Entwicklungsprozesse und Entwicklungsstände erfasst, als auch die Effekte berufsvorbereitender pädagogischer Maßnahmen innerhalb und außerhalb der Schule abgebildet werden. Dies soll zum Aufbau einer neuen Entwicklungsdiagnostik der Berufsorientierung und Berufswahl beitragen. Die Jugendlichen schätzen sich selbst, anhand geprüfter Skalen psychologischer Merkmale, ein. Damit soll die Entwicklung der Berufswahlkompetenz im Jugendalter abgebildet werden. Die Kompetenzentwicklung wird in diesem Fall nicht durch Beobachtung von Außenstehenden geprüft, sondern von den Jugendlichen selbst zu den verschiedenen Messzeitpunkten eingeschätzt. Die Berufswahlkompetenz umfasst die eigenverantwortliche, selbstbestimmte und eigenaktive Fähigkeit zur Berufswahl, inklusive der empfundenen und erklärten Zuständigkeit zu den berufswahlbezogenen Entwicklungsaufgaben und deren Bewältigung (Ratschinski 2008: 83 ff.). Die Kompetenzentwicklung ist im Jugendalter über die altersabhängigen Merkmale durch Selbsteinschätzung gut abbildbar. Daraus lässt sich die Wahrscheinlichkeit einer passenden Berufswahl nach Beendigung der Schule für den Jugendlichen ablesen. Denn eine höhere Berufswahlkompetenz erhöht die Wahrscheinlichkeit einer individuell passfähigen Berufswahl.

Die Angaben der Jugendlichen sind anonym und unterliegen den aktuellen Datenschutzbestimmungen. Die Teilnahme ist für die Jugendlichen freiwillig. Nach jeder Befragungswelle erhält jede Klasse eine eigene Ergebnismeldung zu den gewonnenen Erkenntnissen, hier werden Entwicklungen der Klasse gesamt sowie die Anzahl einzelner Jugendlicher berücksichtigt. Damit erhalten die Klassenlehrer/innen, die Eltern und die Schulleitungen ein Instrument, die Entwicklung der Berufswahlkompetenz bei den Jugendlichen zu verfolgen. Sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten innerhalb der Klassen werden deutlich. Nach Auskunft der Lehrer/innen decken sich die Befunde mit ihren Erfahrungen.

4.4 Die Skalen

Der Fragebogen setzt sich aus verschiedenen Skalen der klassischen Berufswahlreife (Crites 1978, Super 1974) als auch Konzepten neuerer Berufswahltheorien (Lent/Brown/Hackett 1994) zusammen. Zum einen wurde das Modell der Berufswahlreife nach CRITES (anhand der Skalen *Unsicherheit*, *Abhängigkeit* sowie abgeleiteter Skalen des *Wunschdenkens* und der *Optionswahl*) eingebaut, zum anderen sollen Skalen wie *Informationsbereitschaft*, *Exploration*, *Planung* und *Berufswissen* die Berufswahlaktivitäten und ihre Voraussetzung abbilden. Des Weiteren kann die erlebte Wirksamkeit im Berufswahlprozess durch Skalen wie *Selbstwirksamkeit* zur Berufswahl, *Ergebniserwartung* sowie *Ziele und Intentionen* verdeutlicht werden. Die Skalen *Resilienz*, *Optimismus*, *Selbstzweifel* und *Identitätsprobleme* messen die emotionale Stabilität des Jugendlichen (Ratschinsky/Struck 2011).¹⁵

Die Skalen *Unsicherheit*, *Identitätsprobleme*, *Abhängigkeit*, *Wunschdenken*, *Optionswahl* und *Selbstzweifel* sind so gepolt, dass ein geringer Wert für ein positives Ergebnis steht.

15 Die Interkorrelation von .7, welche die Reliabilität misst, wurde bei allen Skalen deutlich erreicht. Somit ist von einer guten Aussagekraft auszugehen.

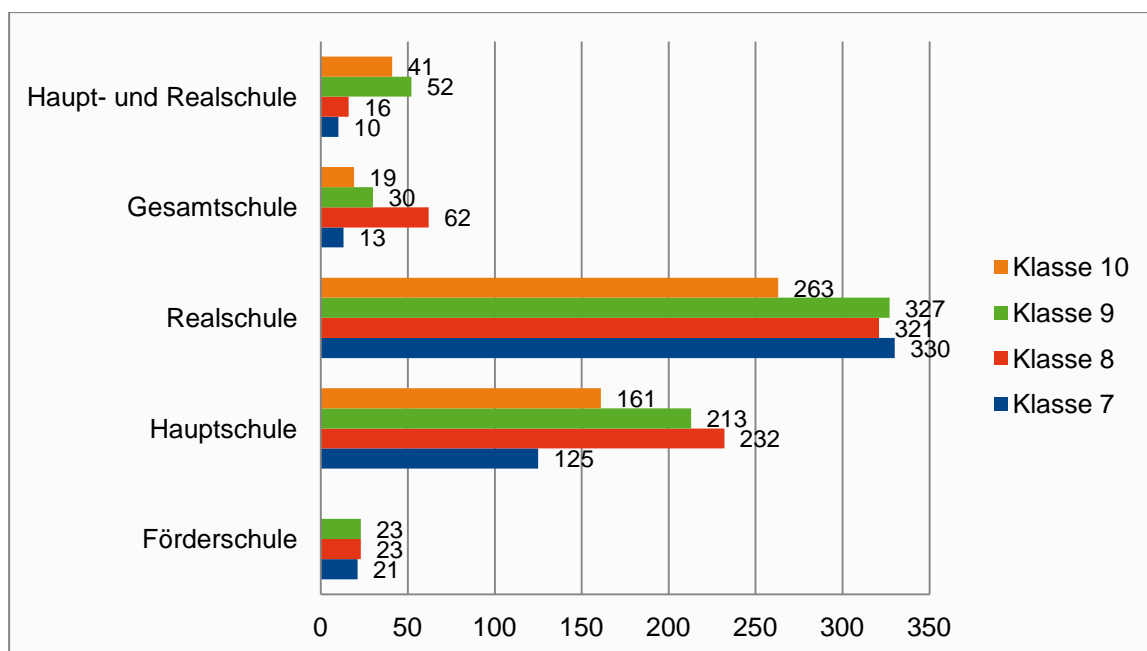
Die verwendeten Skalen wurden in früheren Studien bereits erfolgreich eingesetzt sowie in Teilen an die Untersuchungsgruppe angepasst. Mehrere Skalen wurden darüber hinaus an Vergleichsgruppen in Hannover getestet.

4.5 Die Basiserhebung

Die erste Befragung fand im Zeitraum von September bis Dezember 2010 statt. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit betrug 34 Minuten, somit konnte der Fragebogen innerhalb einer Schulstunde von 45 Minuten vollständig bearbeitet werden. Insgesamt nahmen 15 Schulen (sechs Haupt- und Realschulen, drei Hauptschulen, drei Realschulen, zwei Förderschulen und eine Gesamtschule) an der ersten Onlinebefragung im Herbst 2010 teil. Verwertbare Daten konnten aus 2.282 Datensätzen gewonnen werden. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 52,7 Prozent aller Schüler/innen des Landkreises in den jeweiligen Jahrgängen. Die beteiligten Schulstandorte sind Bispingen, Bomlitz, Bad Fallingbostel, Hodenhagen, Munster, Neuenkirchen, Rethem, Schwarmstedt, Soltau und Walsrode. Die Beteiligungsquoten der Schüler/innen variieren deutlich; manche Schulen beteiligten sich annähernd komplett, andere erreichten eine Ausschöpfung von weniger als 25 Prozent.

Die Anzahl der teilnehmenden Jugendlichen sowie deren Verteilung auf die Klassenstufen und die Schulformen sind der folgenden Abbildung zu entnehmen.

Abbildung 7: Anzahl der Teilnehmer/innen nach Schulform und Klasse (absolute Zahlen)



Die Schülerzahl verteilt sich über die vier Klassenstufen relativ gleichmäßig, wobei die Jugendlichen aus Klasse 8 die größte Gruppe darstellen ($n=654$). Die mit Abstand größte Gruppe bilden die Realschüler/innen ($n=1.241$), sie stellen die Hälfte aller teilnehmenden Jugendlichen. Die Förderschüler/innen bilden die kleinste Gruppe; zudem sind sie nicht im 10. Jahrgang nicht vertreten, da an den beteiligten Schulen das 10. Schuljahr nicht angeboten wird.

4.6 Fragestellung

Im Folgenden werden in einem ersten Schritt die Berufsorientierungsangebote getrennt nach Haupt- und Realschulen vorgestellt.¹⁶ In einem zweiten Schritt wird die Berufswahlkompetenz der Jugendlichen getrennt nach Haupt- und Realschulen sowie nach Klassenstufen erhoben. In einem dritten Schritt werden die schulischen Angebote zur Berufsorientierung (z. B. Praktikum) der beiden Schulformen miteinander verglichen und anschließend deren Auswirkungen auf die Berufswahlkompetenz der Jugendlichen untersucht. Mit diesem Verfahren gelingt es, die Unterschiede zwischen Haupt- und Realschüler/innen bezogen auf ihre Berufswahlkompetenz zu verdeutlichen sowie den Entwicklungsstand der Berufswahlkompetenz von Schülerinnen und Schülern der 9. und 10. Klasse in beiden Schulzweigen nachzuvollziehen.

Berufsorientierungsangebote der Schulen

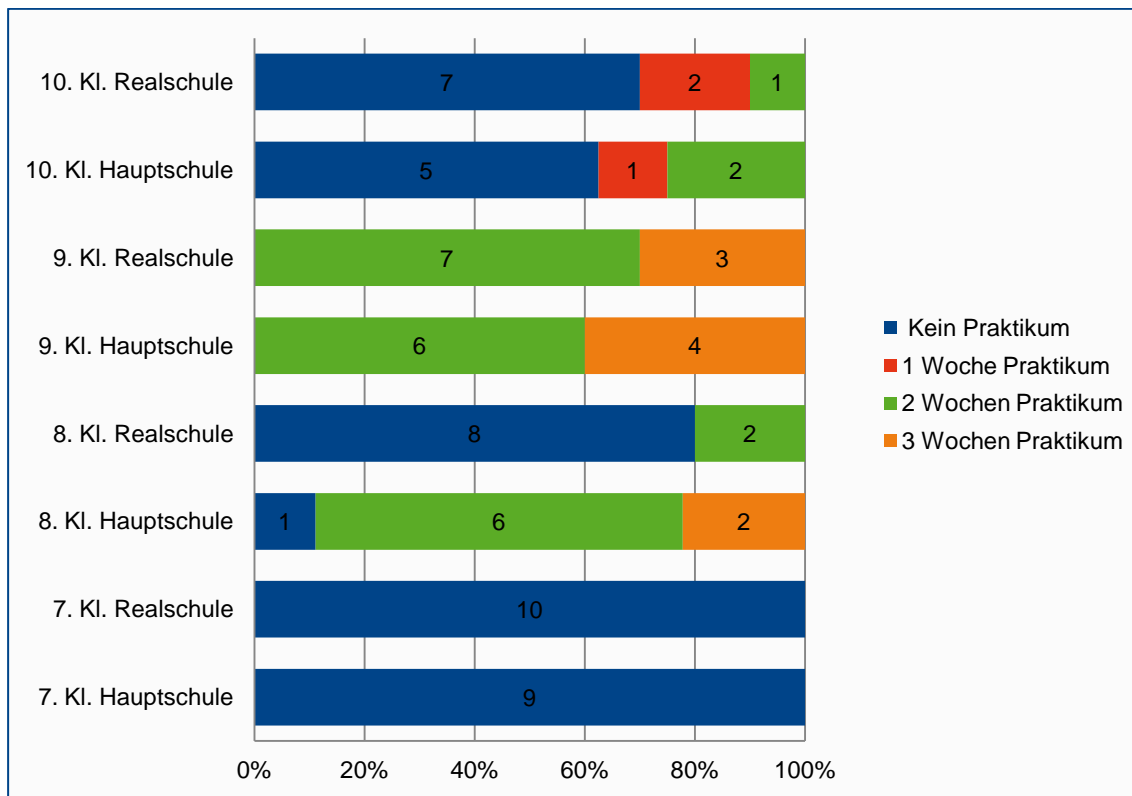
Während der ersten Ergebnisrückmeldung auf Klassenebene gaben die Schulen bzw. die Klassenlehrer Auskunft über ihre Berufsorientierungsangebote. Somit kann nicht nur zwischen den Schulen, sondern auch zwischen den einzelnen Klassen einer Schule (z. B. Haupt- und Realschulzweig) differenziert werden. Gefragt wurde u. a. nach Kontakten zu Betrieben vor Ort, der Anzahl und Häufigkeit von Praktika, Firmenkontaktmessen und dem Angebot der Berufsberatung durch die Agentur für Arbeit. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen in Art und Anzahl der Angebote sind sehr groß. Dieses Ergebnis weist auf die zunehmende schulische Autonomie bezüglich der Ausgestaltung der Angebote hin. An den befragten Hauptschulen finden in der Regel deutlich mehr Berufsorientierungsveranstaltungen statt als an Realschulen. Die folgende Abbildung 8 zeigt die Anzahl der Klassen getrennt nach Schulformen und deren Teilnahme an Betriebspraktika von unterschiedlicher Dauer.

Hauptschüler/innen absolvieren insgesamt häufiger und über einen längeren Zeitraum Betriebspraktika als dies Realschüler/innen tun. Die meisten Hauptschüler/innen durchlaufen sowohl in der 8. als auch in der 9. Klasse ein Praktikum, während Realschüler/innen häufig nur in der 9. Klasse in ein Praktikum gehen. Lediglich zwei von zehn Realschulen bzw. Realschulzweigen bieten in der 8. Klasse ein Praktikum an, unter den Hauptschulen bzw. Hauptschulzweigen sind es acht von neun Klassen. Keiner der beiden Schulzweige sieht in der Klasse 7 ein verpflichtendes Praktikum vor; dieses kann jedoch freiwillig absolviert werden. Berücksichtigt man den Wert der durchschnittlichen Dauer des Praktikums pro Schuljahr, wird der Unterschied besonders deutlich. Auf die einzelnen Schulformen bezogen, ergibt sich für den Jugendlichen an einer Hauptschule ein kumulierter Durchschnittswert von 4,9 Praktikumswochen im Laufe seiner Schulzeit, während der kumulierte Durchschnittswert auf einer Realschule bei lediglich 3,1 Praktikumswochen liegt.¹⁷ Zusammenfassend bedeutet dies, dass Hauptschüler/innen im Durchschnitt 1,8 Wochen mehr Zeit in einem Betriebspraktikum verbringen als Jugendliche von Realschulen und somit deutlich mehr Zeit haben, Berufe kennen zu lernen.

16 Jugendliche, die Gesamtschulen oder Haupt- und Realschulen besuchen, aber eindeutig einem der beiden zu untersuchenden Schulzweige angehören, sind in der Stichprobe enthalten. Gesamtschulen und Haupt- und Realschulen verfügen in der Regel über Haupt- bzw. Realschulklassen, somit ist eine Zuordnung möglich.

17 Auf eine exakte Übersicht incl. Schulnamen wurde aus Rücksichtnahme auf die Schulen bewusst verzichtet.

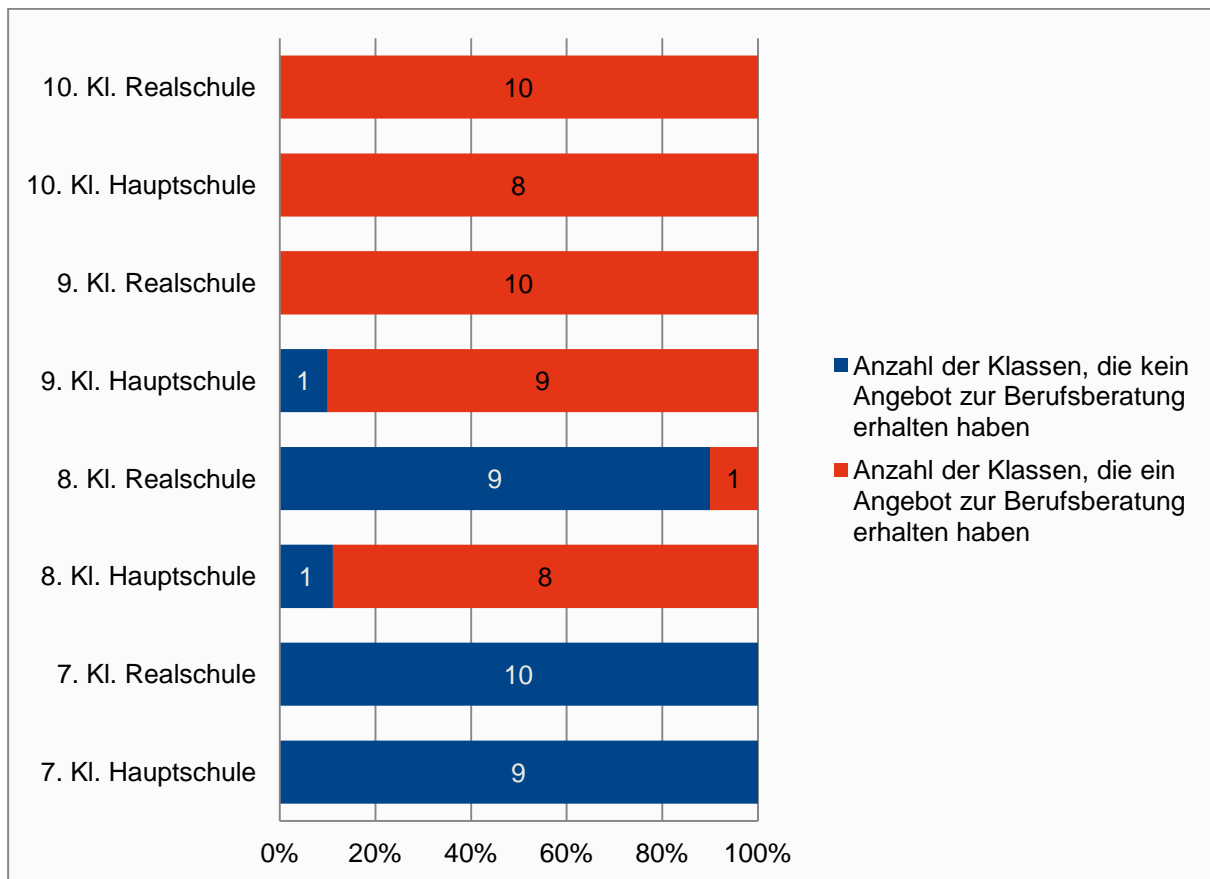
Abbildung 8: Absolvierte Praktika – Vergleich nach Klassen und Schulform (absolute Zahlen)



Des Weiteren soll der *Besuch von Firmenkontaktmessen* und/oder Ausbildungsmessen betrachtet und verglichen werden. Alle 9. und 10. Klassen der beiden Schulzweige besuchen Ausbildungsmessen. In der 8. Klasse werden die Messen jedoch deutlich häufiger von Hauptschüler/innen als von Realschüler/innen besucht. Somit haben Hauptschüler/innen häufiger die Chance, bei Ausbildungsmessen mit potenziellen Arbeitgebern in Kontakt zu treten als Gleichaltrige von Realschulen.

Die Abbildung 9 zeigt, welche Klassen das Angebot zur Berufsberatung erhielten. Das Angebot steht den Jugendlichen freiwillig zur Verfügung, es liegen keine Daten, in wie weit die Jugendlichen das Angebot tatsächlich auch nutzten.

Abbildung 9: Angebot zur Berufsberatung – Vergleich nach Klassen und Schulform (absolute Zahlen)



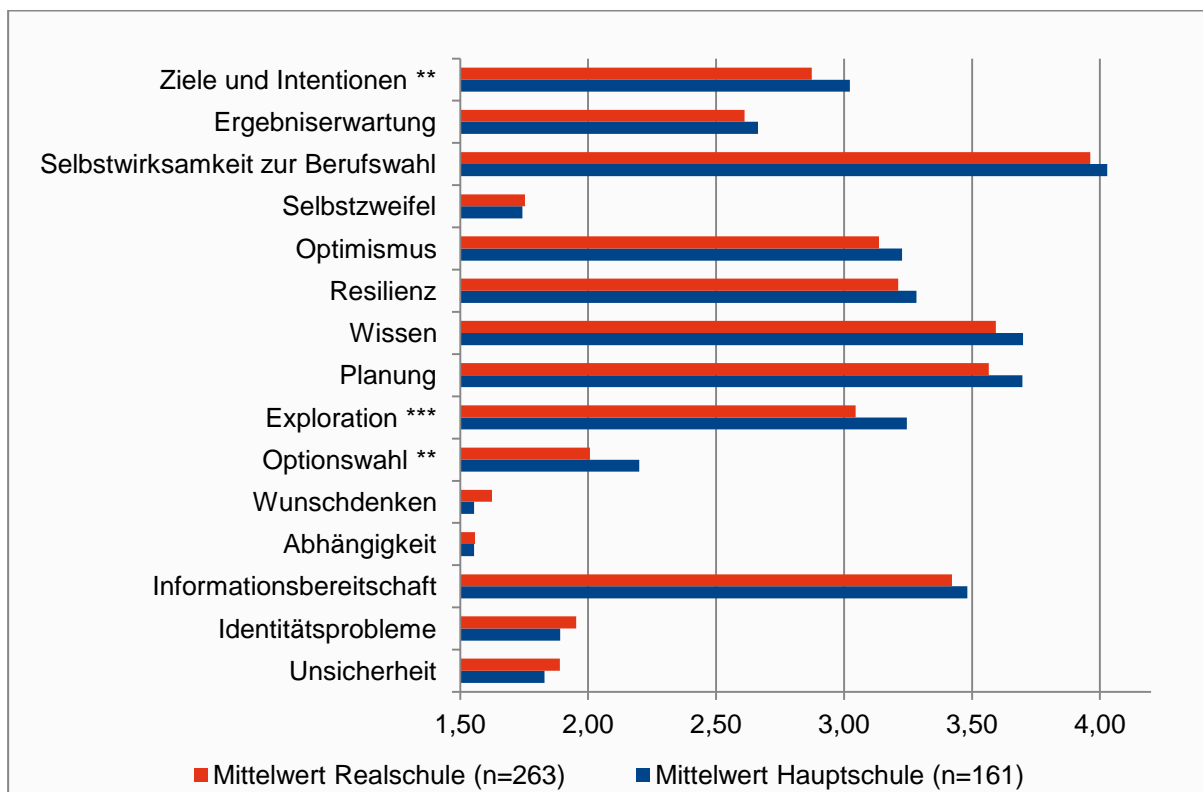
Auch hinsichtlich der Angebote der Berufsberatung haben die Hauptschüler/innen einen Vorteil. Ihnen steht das Angebot in acht von neun untersuchten 8. Klassen zur Verfügung, während in den Realschulen das Angebot überwiegend ab der 9. Klasse besteht. In den 10. Klassen steht das Angebot der Berufsberatung flächendeckend allen untersuchten Klassen beider Schulzweige zur Verfügung. Somit haben Jugendliche in Hauptschulen deutlich mehr Zeit für Betriebspraktika und sie nehmen verstärkt an Ausbildungsmessen teil. Zusätzlich steht ihnen das Angebot der Berufsberatung häufiger und frühzeitiger zur Verfügung als den Realschüler/innen.

Hauptschule und Realschule im Vergleich

Inwieweit wirkt sich das Angebot auf den Stand der Berufswahlkompetenz der Jugendlichen in der Abschlussklasse 10 aus? Im Folgenden werden die Schulabgänger/innen des 10. Jahrgangs der Hauptschulen und der Realschulen verglichen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Jugendlichen der 10. Klasse in den Hauptschulzweigen ebenfalls den Realschulabschluss anstreben und den Hauptschulabschluss bereits erworben haben.

Die folgende Abbildung zeigt die standardisierten Mittelwerte aller 15 Skalen zur Messung der Berufswahlkompetenz der Schüler/innen der 10. Klassen an den Haupt- und Realschulen im Vergleich.

Abbildung 10: Jahrgang 10 – Skalenmittelwerte Haupt- und Realschule im Vergleich



** sehr signifikant; *** höchst signifikant

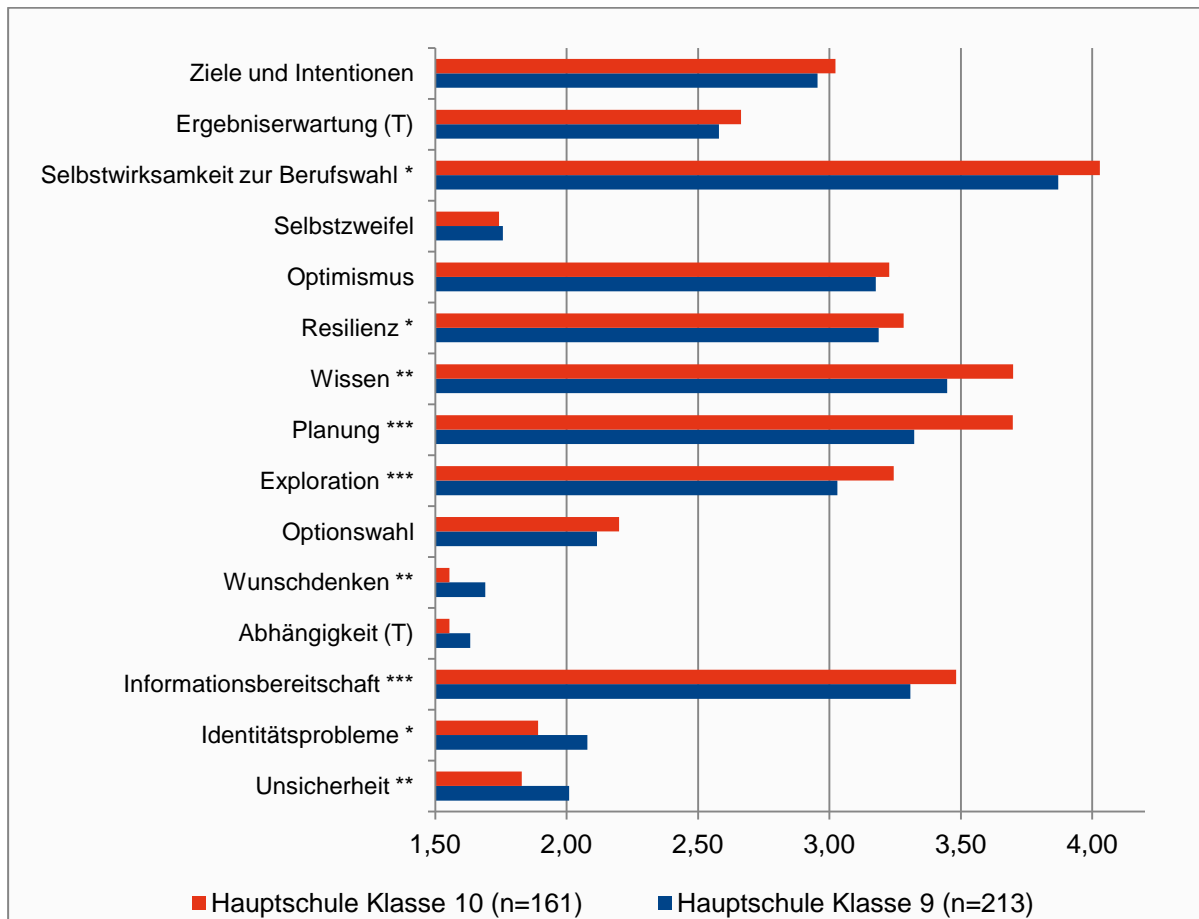
In 14 der 15 Skalen weisen Hauptschüler/innen gegenüber Realschüler/innen in der 10. Klasse positivere Werte auf. Der Unterschied der Mittelwerte ist dabei in drei Merkmalen statistisch bedeutsam.¹⁸ Der signifikant höhere Wert der Skala *Optionswahl* deutet darauf hin, dass Hauptschüler/innen eher bereit wären, größere Abstriche (beispielsweise von ihrem eigentlichen beruflichen Interesse) zu machen, um überhaupt eine Ausbildung zu bekommen. Gleichzeitig weisen sie höhere Werte in ihrer *Explorationsbereitschaft* sowie in ihren *Zielen und Intentionen* auf. Das verweist auf eine höhere Bereitschaft zur Aktivität und Auseinandersetzung mit dem Thema Berufswahl der Hauptschüler/innen gegenüber den Realschüler/innen. Die stärkere Zurückhaltung der Jugendlichen der Realschulen deutet auf einen möglichen weiterführenden Schulbesuch nach Klasse 10 hin, während Hauptschüler/innen vermutlich überwiegend beabsichtigen, direkt eine Ausbildung beginnen zu wollen und sich entsprechend stärker mit ihrer Berufswahl und dem Arbeitsmarkt beschäftigen. Die Jugendlichen wissen um die Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu erhalten und setzen sich folglich stärker mit dem Ausbildungsmarkt und ihren persönlichen Chancen auf einen Ausbildungsplatz auseinander. In den letzten Jahren hatten es vor allem Hauptschulabsolventinnen und -absolventen schwer, eine Ausbildungsstelle zu finden. Jedoch scheint das größere Angebot an Berufsorientierung in Hauptschulen eine positive Wirkung zu entfalten. Das bessere Ergebnis der Hauptschüler/innen in der 10. Klasse, kann möglicherweise durch die frühere und bereits in Klasse 8 einsetzenden Berufsorientierungsangebote, erklärt werden.

18 Nach der Bonferroni-Korrektur wäre nur ein Merkmal (Exploration) auf dem 5 %-Niveau signifikant.

Der Stand der Berufswahlkompetenz im Vergleich

Im folgenden Kapitel werden die vorliegenden Daten der Jugendlichen der Klasse 9 mit denen der Klasse 10 verglichen, dies jedoch nach beiden Schulformen getrennt. Somit lässt sich die Entwicklungsgröße abschätzen, denn es liegen bisher keine Entwicklungsdaten derselben Personkohorte, sondern lediglich Vergleichsdaten der aktuellen Jahrgänge vor. Die Übersicht zeigt die standardisierten Mittelwerte aller 15 Skalen zur Messung der Berufswahlkompetenz der Schüler/innen der 9. und 10. Klassen an Hauptschulen im Vergleich. Neun Unterschiede sind dabei signifikant.¹⁹

Abbildung 11: Skalenmittelwerte – Hauptschule, Jahrgänge 9 und 10 im Vergleich

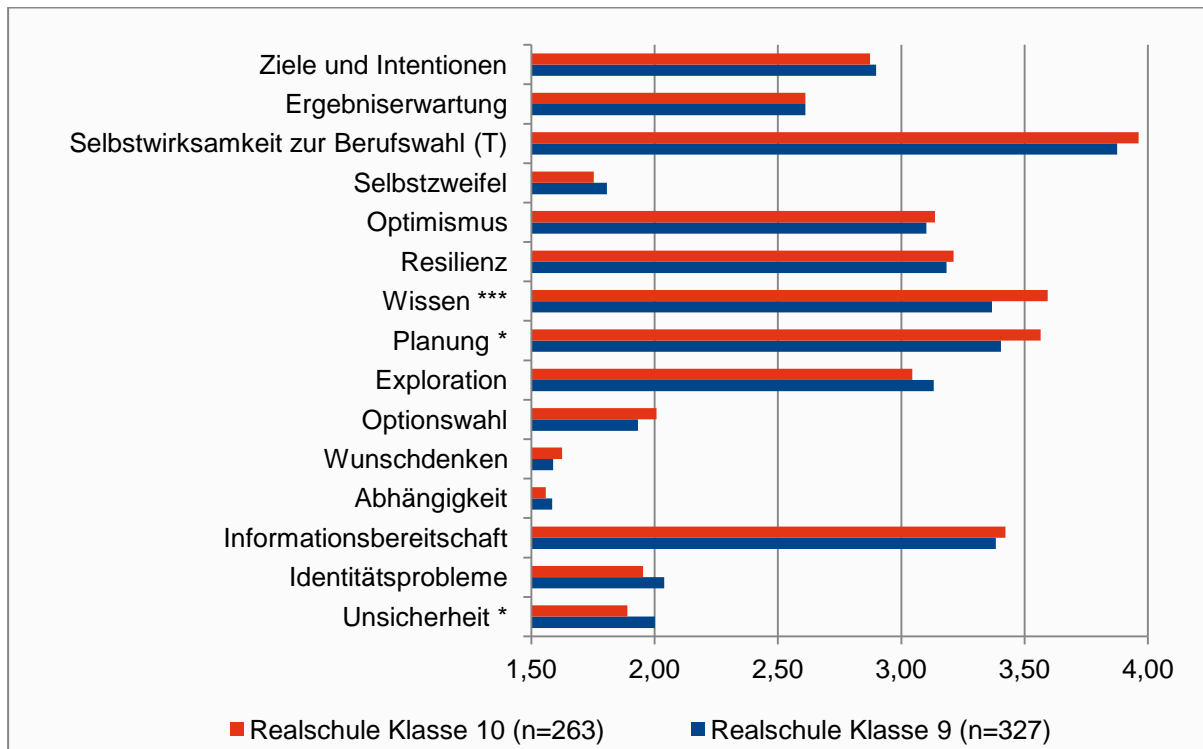


(T) Tendenz zur Signifikanz; * signifikant; ** sehr signifikant; *** höchst signifikant

Erwartungsgemäß weisen die Jugendlichen in der 10. Klasse bessere bzw. höhere Werte (in 14 der 15 Skalen) auf, einzig der Wert der *Optionswahl* ist in der 10. Klasse negativer als in der 9. Klasse. Trotzdem ist das Ergebnis zu Gunsten der Zehntklässler/innen zu interpretieren, diese erzielen in den Aspekten der Berufswahlkompetenz ein besseres Ergebnis.

19 Nach der Bonferroni-Korrektur wäre nur das Merkmal (,Informationsbereitschaft') auf dem 5%-Niveau sowie die Merkmale (,Exploration' und ,Planung') auf dem 1 %-Niveau signifikant.

Abbildung 12: Skalenmittelwerte – Realschule, Klasse 9 und 10 im Vergleich



(T) Tendenz zur Signifikanz; * signifikant; *** höchst signifikant

Der Unterschied zwischen Realschüler/innen der 9. und 10. Klasse fällt weniger deutlich aus, als bei den Hauptschüler/innen. Die Realschüler/innen weisen in drei Merkmalen signifikante Unterschiede auf, die Hauptschüler/innen dagegen in neun. Des Weiteren sind in der Realschule die Werte der Skalen *Wunschdenken*, *Optionswahl*, *Exploration* sowie *Ziele und Intentionen* zu Gunsten der Neuntklässler/innen auszugehen, in der Hauptschule ist ein vergleichbares Ergebnis in nur einer Skala *Optionswahl* aufgetreten.

Die Querschnittsbefunde legen den Schluss nahe, dass bezogen auf die Entwicklung ihrer Berufswahlkompetenz Hauptschüler/innen deutlich stärker von einem 10. Schuljahr profitieren, als Realschüler/innen. Die Berufswahlkompetenz ist deutlich ausgeprägter im Vergleich mit den Alterskohorten in den Realschulen. Zum einen gewinnen Hauptschüler/innen ein zusätzliches Jahr für ihre Berufsorientierung, zum anderen erhöhen sich die Chancen auf dem Ausbildungsmarkt aufgrund des höherwertigen Schulabschluss (Realschulabschluss). Hauptschüler/innen müssen frühzeitig, bereits mit 14/15 Jahren ihre Berufswahl treffen. Zusätzlich stehen ihnen deutlich weniger Ausbildungsberufe zur Verfügung, somit kann von einer doppelten Benachteiligung gesprochen werden. Zusammenfassend lassen sich die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung dahingehend interpretieren, dass Hauptschüler/innen, die die 10. Klasse besuchen, als „berufswahlkompetenter“ gelten, als dies Realschüler/innen in 10. Klassen sind.

4.7 Schlussfolgerungen

Das hier vorgestellte Ergebnis zeigt, dass die früher einsetzende Berufswahl-Thematisierung in den Hauptschulen den Jugendlichen zu einer höheren Berufswahlkompetenz gegenüber Realschüler/innen verhilft. Daraus ließe sich für die Realschulen ableiten, ebenfalls in der 8. Klasse auf das Thema der Berufswahl stärker als bislang zu fokussieren. Insbesondere der große Unterschied in der Anzahl der Betriebspraktika scheint sich als ein Nachteil für die Realschüler/innen abzuzeichnen. Zusätzlich sollten Angebote der Berufsberatung sowie der Besuch von Ausbildungsmessen auch von der 8. Realschulklassenstufe wahrgenommen werden, um einem Rückstand gegenüber Gleichaltrigen anderer Schulformen aufzuholen.

Insgesamt scheint es den Jugendlichen in den Hauptschulen gut zu tun, ein Jahr länger zur Schule zu gehen und einen Realschulabschluss nach der 10. Klasse anzustreben. Entsprechend sollte über ein längeres gemeinsames Lernen sowie den Realschulabschluss als Regelschulabschluss diskutiert werden. Des Weiteren sollten Realschüler/innen verstärkt für die duale Ausbildung gewonnen werden.

Im März 2011 lag das Ergebnis der ersten Befragung aus dem Herbst 2010 vor, somit sind noch keine Entwicklungsdaten vorhanden. Im Sommer 2011 wird die zweite Befragungswelle abgeschlossen sein, die erste Vergleiche der Entwicklungsstände von Jugendlichen ermöglichen wird. Insgesamt werden vier Befragungswellen durchgeführt. Die Hypothesen, die auf der Grundlage der Querschnittsdaten aufgestellt wurden, sollen mit Paneldaten überprüft werden.

4.8 Weiterarbeit mit den Ergebnissen

Lena Heß,
Koordinationsstelle Regionales Übergangsmanagement Heidekreis

Aus den Ergebnissen der Befragung sollen abschließend Empfehlungen für die Planung der schulformspezifischen Berufsorientierungskonzepte, für die Weiterbildung von Lehrer/innen und für die Beteiligung der Eltern entwickelt werden. Ziel sollte es sein, die Jugendlichen darin zu unterstützen, eine passgenaue Berufswahl zu treffen und einen entsprechenden Ausbildungsplatz zu finden.

Begleitet wird die Befragung von einem Fortbildungsangebot für die Lehrkräfte. Des Weiteren werden die mit Hilfe der Schülerbefragung gewonnenen Ergebnisse für die Erarbeitung eines Handlungsrahmens zur Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen herangezogen.

Fortbildungsangebot

Aufbauend auf die Befragung entwickelte das RÜM-Koordinationssteam ein Fortbildungsangebot für Lehrer/innen, Schulleiter/innen, Schulsozialarbeiter/innen und Berufseinstiegsbegleiter/innen im Heidekreis. Die Fortbildungsveranstaltung zielt darauf, einen Konsens über die Ziele und Inhalte schulischer Berufsorientierung und Handlungsoptionen herzustellen und das Methodenrepertoire für die schuleigene Berufsorientierung zu erweitern. Für die Akteure, die in unterschiedlichen Institutionen (Schule, Träger, BA) tätig sind und somit sich in ihren beruflichen Arbeitsweisen unterscheiden, ist die Einigung auf eine gemeinsame Arbeitsbasis von erheblicher Bedeutung.

Das Fortbildungsangebot umfasst zwei Tagesveranstaltungen. Ein Tag richtet sich explizit an die Schulleiter/innen, um die Themen Unterrichtsentwicklung und Ausbildungsfähigkeit gezielt zu verbinden und in die Schulen zu tragen. Das Ziel besteht darin, Schulentwicklungsprozesse anzuregen.

Der zweite Fortbildungstag greift die Ergebnisse der Schülerbefragung zur Berufswahlkompetenz auf und widmet sich in thematischen Arbeitsgruppen konkreten Angeboten zur Berufsorientierung und schulischen Förderung für die einzelnen Jahrgangsstufen, wie beispielsweise Schülerfirmen und Schüleraktivierung im Unterricht.

Abstimmungsgremium

Der Arbeitskreis „Übergang Schule – Beruf“ ist ein kreisweites Abstimmungs- bzw. Entscheidungsgremium für die operationalen und strategischen Aufgaben im Heidekreis. Das Koordinationsteam RÜM moderiert den Arbeitskreis, der sich aus Schulleiterinnen/Schulleiter, Lehrerinnen/Lehrern, Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeitern, Vertretern der Agentur für Arbeit, der Volkshochschule Heidekreis u. a. zusammensetzt. Der Arbeitskreis trifft sich vierteljährlich zur Diskussion und stimmt über sämtliche relevante Themen ab: Im Arbeitskreis wurde die Einführung des Berufswahlpasses an allen Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen beschlossen und das Vorgehen abgestimmt.

Als weiteres Thema wurde auch die Einführung eines Betriebserkundungstages, bei dem ausgewählte Betriebe an einem Tag im Jahr für Schülerinnen und Schüler geöffnet werden, diskutiert. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Erarbeitung und Abstimmung des Handlungsrahmens zur Berufsorientierung. Dieser dient als Ratgeber für berufsorientierende Angebote und Maßnahmen für alle im Bereich Berufsorientierung bzw. Übergang Schule – Beruf Tätigen.

Handlungsrahmen Berufsorientierung

Die Mehrheit der Arbeitskreismitglieder sind Lehrer/innen oder Schulleiter/innen an Schulen, an denen die Schülerbefragung zur Berufswahlkompetenz durchgeführt wird. Der Arbeitskreis entwickelt einen Handlungsrahmen zur schulischen Berufsorientierung, der allen allgemeinbildenden Schulen des Heidekreises als Orientierung ihrer Berufsorientierungskonzepte dienen soll. Der Handlungsrahmen wird online veröffentlicht.

Neben der Befragung der Schüler wurden auch die Angebote der Schulen zur Berufsorientierung nach Jahrgangsstufe erhoben. Die Bestandsaufnahme verdeutlicht, dass die Angebote sowohl nach Schulform als auch nach Klassenstufen variieren. Die Diskussion der Ergebnisse im Arbeitskreis verdeutlichte, dass längst nicht alle BO-Angebote schulübergreifend bekannt sind – insbesondere derjenigen, die von den Schulen selbst entwickelt wurden. Der Handlungsrahmen Berufsorientierung will diese Lücke schließen. Die verschiedenen Angebote der Schulen werden im Handlungsrahmen sortiert für die Klassenstufen 7 bis 10 konkret beschrieben.

Die Schulen wünschen sich kompakte Informationen und Ansprechpartner für die Übergangsbegleitung. In einem zweiten Teil „Ratgeber“ des Handlungsrahmens finden sich schulrelevante Informationen und Ansprechpartner, z. B. zu den Themen Schulverweigerung und Finanzierungsmöglichkeiten für BO-Maßnahmen. Der dritte Teil umfasst einen Veranstaltungskalender. Online werden tagesaktuell Veranstaltungen zur Berufsorientierung, z. B. Berufsorientierungsmessen, schulspezifische Veranstaltungen, Informationstage oder Fortbildungen für Lehrer aufgenommen und verbreitet.

Der Handlungsrahmen zielt darauf, alle Schulen sowie alle im Handlungsfeld Berufsorientierung Beteiligten im Landkreis über die Angebote zu informieren und eine abgestimmte, rahmende Arbeitsgrundlage zu schaffen. Es handelt sich dabei um eine Informationsplattform über jahrgangsspezifische Angebote der Berufsorientierung für Schüler/innen im Heidekreis. Der Handlungsrahmen wird den Schulen auf einer Website zugänglich gemacht. Auf diese Weise kann sichergestellt werden, die Informationen aktuell zu halten.

Die mit Mitteln des Programms Perspektive Berufsabschluss, *Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement* durchgeführten Projekte im Übergang Schule – Beruf, wie die Berufsbildungsmesse, die Leuphana Sommerakademie und das im Mai 2011 gestartete Patenprojekt mit der Hauptschule Soltau sowie Fortbildungsangebote für Lehrkräfte stehen als Beispiele, wie das Koordinationsteam Regionales Übergangsmanagement Impulse für innovative Angebote zur Berufsorientierung setzen kann und damit das etablierte Angebot von Praktikum und Berufsberatung der Agentur für Arbeit erweitert. Im Rahmenplan Berufsorientierung sind diese Angebote sortiert nach Klassenstufe beschrieben.

Mit der laufenden Schülerbefragung zur Berufswahlkompetenz wird die Verbindung zwischen den Angeboten und den Wirkungen bei den Jugendlichen verknüpft. Nun werden die Ergebnisse der kommenden Befragungswellen zeigen, welche Wirkungen die Angebote bei den Jugendlichen tatsächlich entfalten.

Literatur

- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2011): Arbeitslose nach Kreisen Februar 2011. Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg. www.arbeitsagentur.de zuletzt überprüft: 03.05.12.
- Crites, J.O. (1978): Career Maturity Inventory. Monterey: McGraw Hill
- Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN) (Hrsg.) (2010): Bevölkerung der Gemeinden am 31. Dezember 2009. Hannover. www.lskn.niedersachsen.de zuletzt überprüft: 03.05.12.
- Lent, R.W./Brown, S.D./Hackett, G. (1994): Toward a unifying social cognitive theory of career development: an overview. In: *The Career Development Quarterly* 44, p. 310-320.
- Ratschinski, G. (2008): Berufswahlkompetenz. In: Koch, M./Straßer, P. (Hrsg.): *In der Tat kompetent. Zum Verständnis von Kompetenz und Tätigkeit in der beruflichen Benachteiligtenförderung. Reihe Berufsbildung, Arbeit und Innovation – Forschung (Band 33)*. Bielefeld: wbv, S. 73 – 90.
- Ratschinski, G./Struck, P. (2011): Entwicklungspsychologie der Ausbildungsreife. In: Bojanowski, A./Eckert, M./Rützel, J. (Hrsg.): *Black Box Übergangssystem*. (im Druck).
- Super, D.E. (1974): Vocational Maturity Theory. In: Super, D.E.: *Measuring vocational maturity for counseling and evaluation*. Washington: National Vocational Guidance Association, p. 9-23.

5 Was erwarten Eltern von Informations- und Beratungsangeboten zur Berufsorientierung? Ergebnisse einer Elternbefragung in der Stadt Leipzig

Jana Voigt,
Koordinationsstelle Regionales Übergangsmanagement Leipzig

5.1 Intentionen der Befragung

Eltern beeinflussen die Berufswahl ihrer Kinder entscheidend mit. Zu diesem Ergebnis kommt die Leipziger Schulabsolventenstudie. So gaben etwa 96 Prozent der befragten Jugendlichen aus Mittelschulen an, dass ihre Familie in beruflichen Fragen eine entscheidende Rolle spielte (Nowotnick/Voigt 2009: 24). Bei den Mädchen und Jungen aus Förderschulen bewerteten 90 Prozent ihr näheres soziales Umfeld (Familie, Freunde, Bekannte, Verwandte) als wichtig für die berufliche Orientierung (Hofsäss/Drinck 2010: 35). Auch die aktuelle Shell-Jugendstudie belegt, dass Eltern angesichts der vielfältigen gesellschaftlichen Herausforderungen an die Jugendlichen emotionalen Beistand, sozialen Rückhalt und Sicherheit bieten (Leven u. a. 2010: 23). Dieses Potenzial gilt es zu nutzen. Eltern bilden mit der Schule eine Erziehungs- und Bildungspartnerschaft. Jedoch bleiben Mütter und Väter, z. B. durch Elternabende oder Elternsprechstunden an Schulen, häufig unerreicht. Der Aufbau von Vertrauen und die Zusammenarbeit werden aufgrund von Schwellenängsten und gewachsenem Misstrauen gegenüber öffentlichen Institutionen erschwert. Laut dem *Bildungsbarometer zur Kooperation Elternhaus und Schule* liegen die Hindernisse für eine gelingende Kooperation zudem im fehlenden Interesse von Eltern oder Pädagogen in der Befürchtung, dass Eltern sich zu viel in die Belange der Schule einmischen sowie in der fehlenden Zeit der Eltern, sich in der Schule zu engagieren (Jäger-Flor/Jäger 2009: 23).

Um Informationen darüber zu gewinnen, wie das Zusammenwirken mit Müttern und Vätern gestärkt werden kann, führte die *Koordinierungsstelle Regionales Übergangsmanagement Leipzig* in Kooperation mit ihrem Arbeitsforum *Eltern und Berufsorientierung*²⁰ von Mai bis Dezember 2009 eine Befragung unter Müttern und Vätern durch. Es sollen Impulse für eine passgerechtere und adressatenorientiertere Ausgestaltung von Angeboten zur Elternbeteiligung im Berufsorientierungsprozess ihrer Kinder gewonnen werden. Folgende zentrale Fragen verfolgt die Untersuchung:

- Wie gut fühlen sich Eltern zum Thema berufliche Orientierung und Berufswahl ihrer Kinder informiert?
- Welche Informations- und Beratungsangebote werden von ihnen genutzt?
- Wie bewerten sie die verfügbaren Unterstützungsoptionen?
- Welche Wünsche haben sie an eine Beteiligung im Berufsorientierungsprozess und die Kooperation mit Institutionen?

20 Im Gremium vertreten sind die Agentur für Arbeit Leipzig, der Allgemeine Soziale Dienst des Jugendamtes der Stadt Leipzig, die GaraGe - Technologiezentrum für Jugendliche gGmbH, der Internationale Bund (IB) – Verbund Sachsen/Thüringen, die Plan L gGmbH, die Beraterin Schule-Wirtschaft der Regionalstelle Leipzig der Sächsischen Bildungsagentur, das Netzwerk B.O.S.S. Mitteldeutschland und der Stadelternrat Leipzig.

5.2 Zielgruppe und Anlage der Befragung

Die Studie war als schriftliche Erhebung mittels Fragebogen angelegt. Es waren elf Fragen zu beantworten. Zusätzlich wurden soziodemografische Merkmale (Geschlecht, Alter und Wohnort des Elternteils sowie Geschlecht, Klassenstufe und Schultyp des Kindes) abgefragt. Die Ansprache der Eltern und die Aufforderung zur Teilnahme an der Studie erfolgten zum einen über Veranstaltungen zur Berufsorientierung (z. B. Azubi- & Studientage). Zum anderen wurden Institutionen, die in regelmäßigem Kontakt mit Eltern stehen, um Unterstützung bei der Realisierung der Befragung gebeten. Dazu gehörten:

- Agentur für Arbeit Leipzig; Jobcenter Leipzig,
- Bildungsträger (Berufseinstiegsbegleitung), Jugendhilfeträger (Jugendberatungsstellen), Kompetenzagenturen,
- Stadtelternrat Leipzig,
- Stadt Leipzig, Jugendamt Allgemeiner Sozialdienst,
- Sonstige (z. B. Deutscher Kinderschutzbund e. V., Kindervereinigung e. V.).

Das Ausfüllen der Fragebögen konnte so auch durch Multiplikatoren (z. B. Beraterinnen und Berater der Agentur für Arbeit, Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter) angeleitet und unterstützt werden. Insgesamt wurden etwa 1.000 Fragebögen direkt an die Eltern oder an die benannten Institutionen ausgegeben. Der Rücklauf bis zum Ende des Erhebungszeitraumes umfasste 286 Fragebögen.

Überwiegend beteiligten sich Mütter an der Untersuchung (75 Prozent). Die Mehrheit der Befragten hatte ihren Wohnsitz in der Stadt Leipzig (61 Prozent). Die Kinder der Eltern, die an der Befragung teilnahmen, besuchten etwa zu gleichen Teilen Realschulklassen in Mittelschulen sowie Förderschulen (jeweils 28 Prozent). Weitere 26 Prozent lernten in Gymnasien und 11 Prozent in Hauptschulklassen. Der Großteil der Jugendlichen, deren Mutter oder Vater sich an der Erhebung beteiligte, besuchte zum Erhebungszeitpunkt eine 8. Klasse (33 Prozent). Mit je etwa 20 Prozent folgen Erziehungsberechtigte mit Kindern in 9. und 10. Klassen.

5.3 Befragungsergebnisse

Berufsorientierung ist für Eltern ein wichtiges Thema, sie wissen um ihre Rolle im Berufsorientierungsprozess

Berufsorientierung und Berufswahl werden von 92 Prozent der Eltern als sehr wichtig eingeschätzt. Die Befragten wissen um ihre Verantwortung im Berufsorientierungsprozess. 87 Prozent sehen sich selbst als zuständig an, den Übergang zwischen Schule und Beruf ihrer Kinder aktiv zu begleiten (vgl. Tabelle 5). Die Aufgabe, Berufsorientierung zu realisieren, wird des Weiteren auch der Berufsberatung der Agentur für Arbeit und Lehrkräften zugesprochen. Eltern mit Kindern in Förderschulen sehen ferner die ‚Berufseinstiegsbegleitung‘²¹ in der Verantwortung. Dies zeigt, dass das im Jahr 2009 in sächsischen Förderschulen gestartete Modellprojekt mit seiner individuellen sozialpädagogischen Unterstützung am Übergang zwischen Schule und Arbeitswelt gute Resonanz findet.

21 Hauptnennung in der Kategorie ‚Sonstige‘.

Tabelle 5: Positionierung zur Zuständigkeit für das Thema Berufsorientierung nach Schultyp des Kindes (Angaben in %, Mehrfachantworten möglich)

Schultyp des Kindes	Um die Berufsorientierung sollte(n) sich kümmern...														n
	Jugendlicher	Eltern	Berufsberater/AA	Lehrkraft MS	Lehrkraft Gym	Unternehmer	Fallberater Job-center	Lehrkraft FS	Jugendhilfe	Freunde/Bekannte	Kammernvertreter	Lehrkraft GS	Krankenkasse	Sonstige	
Förderschule	78	83	73	26	10	3	15	19	18	3	3	8	6	31	78
Mittelschule, Hauptschulklasse	93	73	80	53	27	27	17	10	17	3	7	7	10	3	30
Mittelschule, Realschulklasse	89	88	77	65	32	21	9	9	7	9	2	4	7	1	81
Gymnasium	91	96	65	31	68	34	11	4	8	4	8	4	3	1	74
gesamt	87	87	73	43	35	20	12	11	11	5	5	5	6	10	263

Eltern fühlen sich abhängig vom Schultyp des Kindes mehr oder weniger gut informiert

Jedes zweite Elternteil schätzt ein, *sehr gut* oder *gut* zur beruflichen Orientierung des Kindes informiert zu sein. Die Informationssituation wird umso besser bewertet, je niedriger der angestrebte Schulabschluss des Kindes ist. Dennoch ist zu konstatieren, dass ein subjektiv als zufriedenstellend empfundenes Wissen über den Berufsorientierungsprozess der Jugendlichen nicht gleichzeitig zur Sicherheit, ein kompetenter Ratgeber zu sein, führt.

Eltern beziehen Informationen vorrangig über das Internet und die Schule

Je nach Schultyp des Kindes kennen und präferieren Mütter und Väter unterschiedliche Informations- und Beratungsmöglichkeiten, um ihr Wissen zur Berufsorientierung auszubauen. Am häufigsten beziehen sie ihre Informationen über das Internet und die Schule/Elternabende. Etwa ein Drittel nutzen zudem das Berufsinformationszentrum sowie Beratungsangebote der Agentur für Arbeit sowie der Arbeitsgemeinschaft Leipzig (vgl. Tabelle 6). Als *Sonstige* Informations- und Beratungsangebote wurde erneut in der Mehrzahl die Berufseinstiegsbegleitung benannt. Erwähnung fanden auch Messen und Kontakte zu Unternehmen bzw. Angebote von Bildungsträgern.

Je nach Schultyp des Kindes haben Mütter und Väter unterschiedliche Vorlieben für einzelne Informations- und Beratungsangebote. So greifen Eltern von Gymnasiasten häufiger als andere Erziehungsberechtigte auf das Internet zurück. Womöglich verfügen sie über mehr Kompetenzen im Umgang mit dem Internet oder aufgrund besserer sozioökonomischer Ressourcen über mehr Gelegenheiten zur Nutzung. Schule/Elternabende werden vor allem von Eltern mit Kindern in Förder- und Mittelschulen wahrgenommen. Für Mütter und Väter von Hauptschülerinnen und Hauptschülern sind das Berufsinformationszentrum, die Berufsberatung und das Jobcenter besonders oft als Informationsquelle dienlich. Die Ergebnisse signalisieren, dass Eltern von Schülerinnen und Schülern, welche einen mittleren oder höheren Abschluss anstreben, sich unter Umständen weniger Unterstützung im Berufsorientierungsprozess von externen Akteuren einholen als die Eltern von Jugendlichen in Förder- und Hauptschulklassen.

Letztere scheinen aktiv nach Informations- und Beratungsangeboten zu suchen, um ihr Unterstützungspotential gegenüber ihren Kindern ausweiten zu können. Der Vergleich der Angaben der Eltern verdeutlicht zum Teil Differenzen zwischen den Kenntnissen und der tatsächlichen Nutzung von Informations- und Beratungsangeboten. Ein ungleiches Verhältnis besteht vor allem bezogen auf die Unterstützungsoptionen der Agentur für Arbeit und der ARGE. Hier steht die Nutzung deutlich hinter dem Bekanntheitsgrad zurück. Ursachen sind im mangelnden Vertrauen in die Institutionen und der Unzufriedenheit mit ihren Leistungen zu vermuten.

Tabelle 6: Kenntnisse (K) und Nutzung (N) von Informations- und Beratungsangeboten nach Schultyp des Kindes (Angaben in %, Mehrfachantworten möglich)

Schultyp des Kindes	Informations- und Beratungsangebote															
	Internet		Schuleltern-abend		BIZ		Jobcenter/Berufsberatung AA		Berufswahlpass		Elternberatungsstelle GaraGe		Sonstige		n	
	K	N	K	N	K	N	K	N	K	N	K	N	K	N	K	N
Förderschule	55	63	68	68	64	32	54	22	32	28	4	1	36	36	76	72
Mittelschule, Hauptschulklasse	65	62	65	72	58	45	71	62	13	3	10	3	6	17	31	29
Mittelschule, Realschulklasse	72	68	71	65	57	35	59	43	16	14	13	3	10	20	79	79
Gymnasium	86	86	58	50	50	38	42	27	11	8	6	3	13	19	72	64
gesamt	70	70	66	63	57	36	54	35	19	15	8	3	18	24	258	244

Eltern haben klare Vorstellungen, wann, wo, zu welchen Themen und wie sie zur Berufsorientierung ihrer Kinder informiert werden möchten

Zeitlich wünschen Mütter und Väter Angebote, die außerhalb der regulären Schul- und Arbeitszeiten liegen. Als günstig heben die Eltern den Samstag hervor. Als örtliche Bezugspunkte werden der soziale Nahraum einschließlich des häuslichen Umfeldes sowie die Schule favorisiert. Aus methodischer Sicht bevorzugt die Elternschaft vernetzte Veranstaltungen (z. B. mit Vertretern der Schule, von Unternehmen, der Agentur für Arbeit oder dem Jobcenter), Einzel- oder Gruppengespräche und Beratungen. Thematisch werden über alle Schultypen hinweg Inhalte wie *Berufsbilder, Bewerbungstraining, finanzielle Unterstützung während der Bewerbung und Ausbildung, Ausbildungsinhalte* und *Wege nach der Schule* für besonders relevant gehalten (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Thematische Wünsche an Informations- und Beratungsangebote nach Schultyp des Kindes (Angaben in %, Mehrfachantworten möglich)

Schultyp des Kindes	Themen								n
	Bewebungs-training	Berufsbilder	finanzielle Unterstützung	Ausbildungs-inhalte	Wege nach der Schule	Vorausset-zung für den Zugang	Alternativen zu betriebl. Ausbildung.	Sonstige	
Förderschule	78	58	59	46	53	39	57		76
Mittelschule, Hauptschulklasse	67	63	48	22	56	33	33		27
Mittelschule, Realschulklasse	49	53	55	53	48	44	44	5	73
Gymnasium	47	65	57	64	46	65	43	10	72
gesamt	59	59	56	51	50	48	46	4	248

Neben den Infokanälen über die Schule und per Post favorisieren die Eltern auch Informationen per Internet (vgl. Tabelle 8). Die Differenzierung der Zustellungsformen nach den Schultypen der Kinder offenbart, dass Eltern mit Kindern in Förderschulen sich einerseits mit ihrer Vorliebe für telefonisch und über die Schule vermittelte Informationen und andererseits durch ihre Abneigung gegenüber Berichten in Zeitungen von Erziehungsberechtigten mit Kindern in anderen Schularten abheben. Letzteres gilt auch für Mütter und Väter von Hauptschülerinnen und Hauptschülern. Sie bevorzugen zudem auch den Informationserhalt über die Schule deutlich seltener als andere Eltern. Hingegen stehen sie beim Wunsch Auskünfte per Post zu erhalten vorn an. Für Eltern mit Kindern in Realschulklassen ist im Vergleich zu anderen Befragten das Bedürfnis nach Hinweisen zu Informations- und Beratungsangeboten per Zeitung, jedoch weniger per E-Mail prägnant. Gymnasiastenelementen signalisieren häufiger als andere Eltern eine Affinität gegenüber dem Informationserhalt per E-Mail und per Zeitung. Völlige Abneigung besteht hinsichtlich einer telefonischen Kontaktaufnahme.

Tabelle 8: Präferierte Informations- und Beratungsangebote nach Schultyp des Kindes (Angaben in %, Mehrfachantworten möglich)

Schultyp des Kindes	Präferierte Informationswege							n
	per Schule	per Post	per Internet	per Zeitung	per Mail	per Anruf	auf anderem Weg	
Förderschule	81	53	27	15	21	24	5	78
Mittelschule, Hauptschulklasse	67	57	43	27	23	10	7	30
Mittelschule, Realschulklasse	78	45	44	36	15	11	1	80
Gymnasium	79	42	44	35	28	1	8	71
gesamt	78	48	39	29	21	12	5	259

5.4 Umsetzung der Befragungsergebnisse

Die Resultate der Untersuchung wurden den regionalen Akteuren des Übergangssystems (u. a. Agentur für Arbeit Leipzig, Jobcenter Leipzig, Stadtteaternrat Leipzig, Sächsische Bildungsagentur, Schulen) zurück gespiegelt und mit ihnen diskutiert. Gemeinsam sind Handlungsempfehlungen zur Elternbeteiligung im Prozess der Berufsorientierung abgeleitet worden. Die gewonnenen Impulse fanden Beachtung bei der Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zur Elternarbeit, u. a. bei *Elternbriefen* zum Thema Übergang von der Schule in die Arbeitswelt sowie im Elternprojekt *Gemeinsam in die Zukunft. Elternbeteiligung im Übergang Schule – Beruf*.

Die *Elternbriefe* werden viermal jährlich von der Agentur für Arbeit Leipzig und dem *Arbeitsforum Eltern und Berufsorientierung* herausgegeben. Sie informieren kurz und übersichtlich über Aspekte der Berufswahl. Im Mittelpunkt stehen Berufsorientierungsangebote der Region und die von den Müttern und Vätern signalisierten Themenwünsche. Die Verteilung des Informationsblattes erfolgt über die Berufsberatung an den Schulen, direkt über die Agentur für Arbeit und weitere Institutionen (z. B. Familieninfobüro, Erziehungsberatungsstellen). Ferner stehen die Elternbriefe im Internet zum Download bereit und können als digitale Newsletter abonniert werden.

Das von der *Koordinierungsstelle Regionales Übergangsmanagement Leipzig* initiierte zweijährige Projekt *Gemeinsam in die Zukunft. Elternbeteiligung im Übergang Schule – Beruf* wurde bis Dezember 2010 gemeinsam mit dem Internationalen Bund (IB) – Verbund Sachsen/Thüringen an einer Förderschule und einer Mittelschule in Leipzig umgesetzt. Im Fokus standen Mütter und Väter mit Kindern in der 7. und 8. Klassenstufe der Förderschule sowie der 8. und 9. Klassenstufe der Mittelschule. Besonderes Augenmerk lag auf bildungsbenachteiligten Eltern. Das Projekt hatte folgende Themen und Ziele:

- Eltern sind sich ihrer Erziehungsverantwortung bewusst.
- Eltern erkennen und nutzen familiäre Ressourcen.
- Eltern nutzen die Angebote der Elternarbeit.
- Eltern entwickeln gemeinsam mit ihrem Kind eine realistische Berufs- und Lebensplanung.
- Eltern reflektieren eigene Verhaltensweisen.

Zur Erreichung der genannten Ziele wurden verschiedene methodische Ansätze erprobt, wie beispielsweise ein Elterncafé, ein Elternstammtisch sowie Elternbildungs- und Beratungsangebote. Themen waren u. a. Berufswegeplanung, Berufswahlreife, Berufsbilder und Zugangsvoraussetzungen, die Ausbildungsmarktsituation, Alternativen zur betrieblichen Ausbildung und der Bewerbungsprozess. Die aus dem Modellprojekt gewonnenen Praxiserfahrungen und Projektergebnisse flossen in die Broschüre "Elternarbeit. Was, wie, warum?" ein.

5.5 Schlussfolgerungen aus den Befragungsergebnissen und aus der Projektarbeit

Um die Ressourcen auszuschöpfen, die in der Kooperation mit Eltern liegen, ist eine Zusammenarbeit aller am Prozess der Berufsorientierung beteiligten Akteure förderlich. Unterstützungssysteme können sich gegenseitig ergänzen und sind zudem notwendig, um Konzepte zur Elterneinbindung zu schaffen,

die sich eng an den Bedürfnissen der Zielgruppe orientieren. Wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Kooperation sind zudem eine elternfreundliche Grundeinstellung und realistische Erwartungen. Alle Eltern zu einem bestimmten Zeitpunkt und mit einer einzigen Angebotsform zu erreichen ist illusorisch. Erfahrungen wie beispielsweise aus dem Modellprojekt *Gemeinsam in die Zukunft. Elternarbeit im Übergang Schule – Beruf* verdeutlichen, dass Eltern nicht sofort auf die neuen Angebote reagieren. Es braucht mehr als nur eine neue Ansprache oder ein neues Projekt. Realistisch ist vielmehr eine Mehrjahresperspektive, um neue Wege zu erproben und Strukturen zu festigen. Eine fundierte Vertrauensbasis lässt sich in der Regel nicht kurzfristig herstellen, sondern entwickelt sich durch vielfältige Erfahrungen im Miteinander in unterschiedlichen Kontexten über längere Zeiträume. In Anknüpfung an die Untersuchungsergebnisse und Projekterfahrungen sowie an Empfehlungen, z. B. der Studien von THIMM und BOTHE (2009) oder SCHWAIGER und NEUMANN (2010), sind folgende Schlussfolgerungen zur Kooperation mit Müttern und Vätern zu ziehen:

Koordinierte Ansprache

Die Ansprache der Eltern sollte einheitlich und koordiniert erfolgen. Die mit der großen Zahl an Akteuren verbundene Vielfalt mündet leicht in Unübersichtlichkeit, was bei Müttern und Vätern zu Desinteresse und Abkehr führen kann. Parallele unabgestimmte Kontaktversuche mehrerer Akteure oder gar ein Kampf um die Eltern sind kontraproduktiv. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit gilt es, einen bewussten, langfristigen und systematisch geplanten Kommunikationsprozess zu initiieren. Eine durchdachte Öffentlichkeitsarbeit, die auf vielfältigen und transparenten Kommunikationswegen basiert (z. B. per Post, per Internet, per Schule), ist der Schlüssel für eine wirksame Elternbeteiligung. Eine Kooperation, in der es immer wieder zu regelmäßigen Begegnungen, zum Austausch, zu gemeinsamen Absprachen und Vereinbarungen kommt, ist die beste Grundlage für eine gemeinsame Zusammenarbeit.

Konzeption adressatengerechter Angebote

Dass es keinen einheitlichen „Typ Eltern“ gibt, macht Konzepte für verschiedene Teilgruppen notwendig. Bedarfsgerechte und zielgruppenspezifische Angebote erfordern das Wahrnehmen, Verstehen und Wissen um den Alltag und die konkrete Lebenssituation der einzelnen Familie. Sie unterscheiden sich u. a.

- in der Familiensituation,
- im Grad der Integration der Eltern in den Arbeitsmarkt,
- im Niveau hinsichtlich der Beherrschung der deutschen Sprache,
- in der Grundmotivation der Eltern hinsichtlich Bildung, Schule, Eigenengagement (Thimm/Bothe 2009).

Der zunehmend komplexere Alltag, das Erfüllen der Elternrolle, persönlich schwierige Situationen, wie fehlende Zukunftsperspektiven oder prekäre finanzielle Situationen verlangen bei Müttern und Vätern Kompetenzen, die nicht selbstverständlich vorhanden sind. Manchen Eltern fällt es nicht leicht, bestehende Defizite einzugestehen und professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Besonders bei belasteten Familien ist die Hemmschwelle groß, Unterstützungsmöglichkeiten zu nutzen. Benötigt werden daher individuelle Informations- und Beratungsangebote, welche die unterschiedlichen Probleme und Rahmenbedingungen z. B. Alleinerziehender, erwerbsloser Eltern, von Eltern mit Migrationshintergrund oder von Eltern mit Kindern in verschiedenen Schultypen berücksichtigen.

Vielfalt der Formen und Angebote

Die Einbindung der Elternschaft erfordert die Schaffung von attraktiven Angeboten nicht nur in der Schule, die das Interesse der Erziehungsberechtigten wecken und von den üblichen Elternabenden abweichen. „Praktische, gelegentlich auch theoretische, pädagogische Beiträge und Maßnahmen, die in Familien hineinwirken“ sollten im Vordergrund stehen (Korte 2008: 12). Besonders Angebote mit informellem Charakter (z. B. Gesprächsrunden, Elterncafés, Elternfrühstück) haben sich dabei als erfolgreiche Ansatzpunkte herauskristallisiert. Wesentlich ist, die Angebote regelmäßig hinsichtlich ihrer Qualität und Wirksamkeit zu überprüfen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln, denn nicht die Menge, sondern die Art und Weise, wie Eltern mitwirken bzw. wie sie beteiligt werden, ist entscheidend. So warnt SACHER beispielsweise vor „konzeptionslose[r], impressionistische[r] und erlebnispädagogische[r] Elternarbeit, die ohne klares Bewusstsein Energie in puren, manchmal für alle Beteiligten durchaus lustvollen Aktionismus investiert“ (Sacher 2007: 13).

Schaffen einer elternfreundlichen Atmosphäre

Für einen ersten Zugang zu Müttern und Vätern bieten sich vor allem Angebote mit informellem Charakter an, die von Eltern mit positiven Erfahrungen verknüpft werden. Wichtig ist es, mit Eltern auf Augenhöhe zu kommunizieren, sie als Experten für ihre Kinder zu verstehen und ihnen zu signalisieren, dass sie erwünscht sind und gebraucht werden. Es gilt positive Gesprächsanlässe zu schaffen, die sich nicht in den Leistungs- und Verhaltensproblemen von Jugendlichen begründen (Stork 2010: 4). „Voraussetzung für Erfolge ... ist die Schaffung eines Kommunikationsklimas, das Eltern ... die Sicherheit gibt, dass sie mit ihren Fragen, Problemen, Vorstellungen und Unsicherheiten als Kommunikations- und Kooperationspartner willkommen sind“ (Thimm/Bothe 2009: 33).

Qualifikation von Akteuren für die vielfältigen Aufgaben in der Zusammenarbeit mit Eltern

Bei der Kooperation zwischen Elternhaus und Akteuren am Übergang zwischen Schule und Arbeitswelt muss berücksichtigt werden, dass die Beteiligten differenzierte Rollen und Erwartungen haben und unterschiedlich für die entstehenden Aufgaben qualifiziert sind. Um eine professionelle Durchführung von Informations- und Beratungsangeboten, an denen Eltern mitwirken, zu gewährleisten, bedarf es eigens dafür geschulten Personals in den entsprechenden Institutionen. Bezogen auf Lehrkräfte ist beispielsweise eine Sensibilisierung für unterschiedliche familiäre Lebenslagen, für Zweisprachigkeit und deren Förderung oder für kulturelle Normen, Rechte und Pflichten denkbar (Schwaiger/Neumann 2010: 71).

Berücksichtigung der sozialen und ökonomischen Situationen

Aufgrund der mitunter prekären sozioökonomischen Verhältnisse von Eltern, ist es wichtig, Informations- und Beratungsangebote im unmittelbaren sozialen Nahraum der Familien zu etablieren und kostengünstig oder besser kostenfrei zu gestalten.

Literatur

Hofsäss, T./Drinck, B. (2010): Förderschülerinnen und Förderschüler am Übergang zwischen Schule und Arbeitswelt. Bericht zur Basiserhebung. Erarbeitet im Rahmen der Förderinitiative 1 im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Leipzig. S. 35.

Internationaler Bund (Hrsg.) (2011): Elternarbeit. Was?, Wie?, Warum?. Erarbeitet im Rahmen der Förderinitiative 1 im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Leipzig. S. 11.

- Jäger-Flor, D./Jäger, R. (2009): Bildungsbarometer zur Kooperation Elternhaus-Schule. Ergebnisse, Bewertungen und Perspektiven. Landau. S. 23.
- Korte, J. (2008): Erziehungspartnerschaft Eltern – Schule. Von der Elternarbeit zur Elternpädagogik. Weinheim/Basel: Beltz. S. 12.
- Leven, I./Quenzel, G./Hurrelmann, K. (2010): Familie, Schule, Freizeit: Kontinuitäten im Wandel. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt am Main: Fischer, S. 46.
- Nowotnick, A./Voigt, J. (2009): Leipziger Mittelschülerinnen und Mittelschüler auf dem Weg von der Schule in die Arbeitswelt. Kurzfassung des Leipziger Schulabsolventenlängsschnitts, erarbeitet im Rahmen der Förderinitiative 1 im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Leipzig. S. 24.
- Sacher, W. (2007): Elternarbeit – lohnt der Aufwand? Eine kritische Analyse des internationalen Forschungsstandes. Nürnberg. S. 13.
- Stork, R. (o. J.): Erziehungs- und Bildungspartnerschaften mit Eltern an Schulen. Von der Elternarbeit zum Dialog. Online verfügbar unter <http://web11.webbox955.server-home.net/download/Stork2.DOC>, zuletzt überprüft am 14.05.12. S. 4.
- Schwaiger, M./Neumann, U. (2010): Regionale Bildungslandschaften. Gutachten zur interkulturellen Elternbeteiligung der RAA. Hamburg.
- Thimm, K./Bothe, M. (2009): Elternarbeit als notwendige Ressource zur Sicherung eines gelingenden Übergangs von der Schule in den Beruf. Berlin, S. 35.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Pläne und Platzierungen der Jugendlichen im November 2007 (Angaben in %)	11
Abbildung 2: Integration der Praktika in den Unterricht (Angaben in %)	14
Abbildung 3: Rolle der Lehrkräfte für das Gelingen des Übergangs Schule – Beruf (Angaben in %) – Perspektive der Schulleiter/innen	14
Abbildung 4: Zukunftsaussichten der Schüler/innen der Abgangsklassen (Angaben in %) – Perspektive der Schulleiter/innen	15
Abbildung 5: Situation der Schüler/innen an der Schule (Angaben in %) – Perspektive der Schulleiter/innen	16
Abbildung 6: Phasenmodell zur Berufsorientierung	25
Abbildung 7: Anzahl der Teilnehmer/innen nach Schulform und Klasse (absolute Zahlen)	31
Abbildung 8: Absolvierte Praktika – Vergleich nach Klassen und Schulform (absolute Zahlen)	33
Abbildung 9: Angebot zur Berufsberatung – Vergleich nach Klassen und Schulform (absolute Zahlen)	34
Abbildung 10: Jahrgang 10 – Skalenmittelwerte Haupt- und Realschule im Vergleich	35
Abbildung 11: Skalenmittelwerte – Hauptschule, Jahrgänge 9 und 10 im Vergleich	36
Abbildung 12: Skalenmittelwerte – Realschule, Klasse 9 und 10 im Vergleich	37

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kooperationspartner am Übergang Schule – Beruf (Angaben in %)	13
Tabelle 2: Angaben der Schulleiter/innen zur durchschnittlichen Praktikumsdauer (Angaben in %)	13
Tabelle 3: Die beiden Schülerbefragungen im Überblick	22
Tabelle 4: Anteile der Jugendlichen, die Unterstützungsangebote als (sehr) hilfreich beurteilen nach Orientierungsstand (Mehrfachnennungen, Angaben in %)	24
Tabelle 5: Positionierung zur Zuständigkeit für das Thema Berufsorientierung nach Schultyp des Kindes (Angaben in %, Mehrfachantworten möglich)	43
Tabelle 6: Kenntnisse (K) und Nutzung (N) von Informations- und Beratungsangeboten nach Schultyp des Kindes (Angaben in %, Mehrfachantworten möglich)	44
Tabelle 7: Thematische Wünsche an Informations- und Beratungsangebote nach Schultyp des Kindes (Angaben in %, Mehrfachantworten möglich)	45
Tabelle 8: Präferierte Informations- und Beratungsangebote nach Schultyp des Kindes (Angaben in %, Mehrfachantworten möglich)	45

Autorinnen- und Autorenverzeichnis

Geier, Boris Dr. phil.: Wissenschaftlicher Referent am Deutschen Jugendinstitut in der Abteilung „Übergänge im Jugendalter“, Standort München

Genrich, Melanie: Koordinatorin Regionales Übergangsmanagement im Bildungsbüro des Kreises Gütersloh, zuständig für Monitoring und Projektkoordinatorin „Erfolgreich in Ausbildung“

Heß, Lena: Koordinatorin des Regionalen Übergangsmanagement im Heidekreis, zuständig für die Projekte Ausbildungspaten und Elternbildung

Hoffman-Lun, Irene: Wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut im Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“, Standort München

Pelka, Bastian Dr.: Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Sozialforschungsstelle Dortmund und Lehrbeauftragter an diversen Universitäten

Richter, Ulrike: Wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut im Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“, Standort Halle

Struck, Philipp: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Berufspädagogik und Erwachsenenbildung an der Leibniz Universität Hannover

Voigt, Jana Dr.: Leiterin der Stabstelle „Regionales Übergangsmanagement“ der Stadt Leipzig (ehem.), Leiterin der Stabstelle „Lernen vor Ort“ der Stadt Leipzig